



teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1. Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

01 | 2025



„Wir ziehen an einem Strang!“

Warum gelebte Sozialpartnerschaft
Wien erfolgreich macht

WIR ENTScheiden DIE ZUKUNFT

Manfred Obermüller zur
Wien-Wahl am 27. April

SOZIAL, SICHER UND SOLIDARISCH

Erfolge der
Wiener Frauenpolitik

ALLES RUND UM DIE WIEN-WAHL

Antworten auf häufig
gestellte Fragen

EXKLUSIV FÜR BEDIENTETE

Sanatorium Hera bietet
Top-Versorgung

FSG

Inhalt teamwork 01 | 2025



POLITIK & GEWERKSCHAFT

- 04 Thema:** „Wir sind der Garant für stabile und sichere Arbeitsplätze.“
- 07 Thema:** Wir entscheiden die Zukunft
- 08 Thema:** „Wir ziehen an einem Strang!“
- 12 Thema:** Die FPÖ ist keine soziale Partei
- 14 Thema:** Faktencheck Wiener Mindestsicherung
- 16 Thema:** Sozial, sicher und solidarisch
- 18 Jugend:** Wien tut Kindern und Jugendlichen gut
- 19 Fragen & Antworten:** Alles rund um den Dienst am Wahltag
- 20 Querräuber:** Wie versucht wird, die Zeit zurückzudrehen

HAUPTGRUPPE 1

- 21 Dienststellen:** Kultur, Öffis und Freizeit mit Spitzenwerten

GEWERKSCHAFT

- 22 Behinderung:** Inklusion am Arbeitsplatz leben
- 23 Jugend:** Unvollkommene Demokratie: Ein kaum geschätztes Gut

NACHDENK-SEITE

- 24 In Zahlen:** Wien zeigt, wie Daseinsvorsorge funktionieren kann
- 25 In Zahlen:** Wien funktioniert ...

GEDANKEN

- 26 Meinung:** Angst ist (k)ein guter Ratgeber

SERIE

- 27 Gewerkschaft:** Gemeinsam stark: Dienstgeberin und Gewerkschaft
- 28 Klima:** Auf gutem Weg zur Klimaneutralität
- 29 Europa:** Europas Rechte: Kampf gegen Beschäftigte

GESUND & LEBEN

- 30 HERA:** Exzellente Versorgung
- 31 KFA:** Neue Standards für Zahngesundheit

SERVICE

- 32 Kurzmeldungen**
- 33 KSV:** Frühlingsputz für KSV-Platz im Wiener Prater
- 34 Personelles**
- 35 Echt gut! Echt böse!**
Meinung: Sozialen Wohnbau braucht das Land

VORSTELLUNG

- 36 MA 70 - Berufsrettung:** Hilfe in zehn Minuten

Liebe Leserin, lieber Leser,

HG 1-SERVICE & RASCHE INFO

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Gerald Bauer

gerald.bauer@wien.gv.at

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Bildung, Internationale Vertretung und Jugend

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Mitgliederservice

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

**Nähere Informationen entnehmen Sie
bitte unserer Homepage www.hg1.at**



Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

wie wollen wir in Wien in Zukunft leben? Soll unsere Stadt weiterhin für eine hohe Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt und Welt-offenheit stehen, oder soll sie sich in Richtung Sozialabbau, Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen und Abschottung verändern? Wollen wir eine starke öffentliche Daseinsvorsorge oder die Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen? Wollen wir, dass Frauen ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben führen können, oder heißt die Zukunftsstrategie „Zurück an den Herd“, finanzielle Abhängigkeit und Altersarmut? Es ist wichtig, dass wir uns mit derartig grundsätzlichen Fragen im Vorfeld der Wien-Wahl am 27. April 2025 befassen.

Die aktuelle teamwork-Ausgabe will einen Beitrag zu dieser inhaltlichen Auseinandersetzung leisten.

Wir haben mit Bürgermeister Michael Ludwig über die Zukunft Wiens gesprochen, über die Herausforderungen der kommenden Jahre und darüber, wofür die Sozialdemokratie in Wien steht und warum er den Weg der öffentlichen Daseinsvorsorge weitergehen wird (Seite 8 bis 11). Wie die Sozialpartnerschaft in Wien funktioniert und was sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik ausmacht, erklären HG 1-Vorsitzender Manfred Obermüller und youunion-Vorsitzender Christian Meidlinger im teamwork-Gespräch (Seite 4 bis 6).

Themenwechsel. Es ist Ihnen vermutlich schon aufgefallen: Wir haben unsere teamwork grafisch neu gestaltet. Ganz nach dem Motto: frischer, jünger und moderner. An der Blattlinie hat sich nichts geändert. Wir wollen weiterhin die Kolleginnen und Kollegen im Magistrat der Stadt Wien viermal im Jahr über wichtige gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Themen informieren und zum Nachdenken und Diskutieren anregen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns schreiben, ob Ihnen das neue Layout und die Inhalte gefallen und was wir noch besser machen können. Wir verlosen unter den Einsendungen Gutscheine, siehe Seite 32.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen! ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at



„Wir sind der Garant für stabile und sichere Arbeitsplätze.“

Wie Personalvertretung und Gewerkschaft die Stadt mitgestalten und was sozialdemokratische Politik ausmacht, erklären Manfred Obermüller und Christian Meidlinger im Gespräch mit teamwork-Chefredakteurin Karin Zauner-Lohmeyer.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
 Chefredakteurin
 teamwork

Am 27. April geht es um die Zukunft Wiens, einer der lebenswertesten Städte der Welt. Wie gestalten Personalvertretung und Gewerkschaft diese Stadt mit?

Meidlinger: Indem wir in Wien die Sozialpartnerschaft leben. Gemeinsam mit dem Bürgermeister, den Stadträtinnen und Stadträten denken wir über Lösungen nach und tauschen Perspektiven aus. Das ist im Tagesgeschäft erkennbar.

Obermüller: Und wir richten einander nichts über Medien aus. Wir setzen uns an den Tisch und verhandeln. Unser Krisenmanagement (z. B. Hochwasser, Covid-19 etc.) hat uns gezeigt: Dieser Zugang macht uns in Wien erfolgreich.

Warum ist es wichtig, dass wir den Weg der kommunalen Daseinsvorsorge konsequent weitergehen?

Meidlinger: Wir setzen auf den Weg der kommunalen Daseinsvorsorge, weil Privatisierungen ausschließlich dazu dienen, Gewinne zu maximieren. Uns geht es um die Versorgungssicherheit für die Wienerinnen und Wiener. Wir sind der Garant für stabile und sichere Arbeitsplätze, die nicht von Aktienkursen abhängig sind.

Obermüller: Wien ist in den vergangenen 25 Jahren um mehr gewachsen, als die Stadt Graz Einwohnerinnen und Einwohner hat. Die Bedarfe, die durch das Wachstum entstehen (z. B. Plätze in Kindergärten und Schulen, leistbare Wohnungen etc.), zu decken, ist nur durch kommunale Daseinsvorsorge möglich.

Der deutsche Soziologe Oskar Negt hat gesagt: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“ Wie ist es um die Demokratie in Österreich bestellt?

Meidlinger: Ich mache mir große Sorgen. Wir haben seit mehr als 25 Jahren keine politische Bildung mehr an Schulen. Das Ergebnis sehen wir heute. Der Schlüssel für das Überleben der Demokratie ist die Bildung.

Obermüller: Auch ich bin besorgt! Vor allem, wenn wir uns den Rechtsruck in den USA und in vielen EU-Staaten – inklusive Österreich – ansehen. Viele Menschen sehen in demokratischen Prozessen eine Schwäche und lassen sich von autoritären Führungspersonen blenden. Der Ausgleich von Interessen bildet den Kern der Demokratie! Die Demokratie ist sicherlich die komplizierteste Staatsform, aber sie ist noch immer die allerbeste, die wir haben.

Der Rechtsruck lässt den Klimaschutz massiv zurückfahren. Wie wichtig ist der Gewerkschaft der Klimaschutz?

Meidlinger: Er hat in Wien eine massive Bedeutung. Die Wissenschaft sagt uns: 2040 werden in dieser Stadt pro Jahr einige 40-Grad-Tage gemessen werden. Wir sind bereits intensiv im sozialpartnerschaftlichen Austausch, wie wir die Bediensteten vor den Folgen des Klimawandels schützen.

Obermüller: Klimaschutz steht ganz weit oben auf der Agenda, weil es um unser aller Zukunft auf diesem Planeten geht. Es gibt politische Mitbewerber, die den Klimawandel und wissenschaftliche Erkenntnisse verleugnen und 150 km/h auf der Autobahn fordern.

Der Ausgleich von Interessen bildet den Kern der Demokratie.

Manfred Obermüller,
 Vorsitzender der Hauptgruppe 1





Der Schlüssel für das Überleben der Demokratie ist die Bildung.

Christian Meidlinger,
Vorsitzender der youunion – Die Daseinsgewerkschaft

Was waren große Erfolge aus Sicht der Gewerkschaft in den vergangenen fünf Jahren?

Obermüller: Jobticket, Erhöhung des Essenszuschusses, Erhöhung des Kinderbeitrags, zumindest 33 % mehr Gehalt in jeder Geldbörse der Bediensteten und das neue Besoldungssystem.

Meidlinger: Ein weiterer Erfolg ist, dass wir das Gehaltssystem weiterentwickelt und Karrierewege für unsere Kolleginnen und Kollegen eröffnet haben – Aufstieg vor Einstieg.

Zur Frauenpolitik. Wie unterscheidet sich sozialdemokratische Frauenpolitik von jener der Freiheitlichen?

Meidlinger: Wir haben ein ganz anderes Frauenbild als die Freiheitlichen. Für uns steht das selbstbestimmte Leben von Frauen im Mittelpunkt. Uns ist wichtig, dass Frauen ein eigenes Einkommen haben und in der Pension nicht vom Partner abhängig sind. Wir wollen, dass Kinder die Möglichkeit haben, Kinderbildungseinrichtungen zu besuchen, während die Freiheitlichen Kinder von Kindergärten fernhalten wollen.

Obermüller: Frauenpolitik beginnt bereits in der Sprache. Es ist wichtig, beide Geschlechter zu erwähnen, wenn beide gemeint sind. Wir gendern in unseren Medien und sind stolz darauf. Natürlich kämpfen wir auch für bessere Rahmenbedingungen für Frauen.

Meidlinger: Wir dürfen auch nicht vergessen: Wenn die Freiheitlichen in Wien an der Macht wären, gäbe es auch kein Frauenhaus. Norbert Hofer schreibt in seinem Buch, dass Frauen zu Hause bleiben und sich um die Brutpflege kümmern sollen.

Wien wächst und braucht dringend mehr Personal. Bis 2030 sind 21.000 Stellen zu besetzen. Wie geht die Gewerkschaft mit dem Thema um?
Obermüller: Wir sind laufend im Gespräch mit der Dienstgeberin. Die Nachbesetzung der Stellen der Babyboomer-Generation, die bis 2030 in den Ruhestand geht, ist eine immense Herausforderung, die wir nur dann bewältigen, wenn wir noch attraktiver und moderner werden. Unter anderem: flexible Arbeitszeit- und Altersteilzeitmodelle, die Wissenstransfer ermöglichen.

Meidlinger: Insgesamt sind wir auf einem guten Weg! In den vergangenen fünf Jahren sind in der Hoheitsverwaltung mehr als 3.500 Dienstposten dazugekommen. Wir bilden sehr viele Fachkräfte selber aus. Wir haben die Zahl der Lehrlinge in der Stadt deutlich erhöht, „50 plus“ massiv forciert und erfahrene Kolleginnen und Kollegen in die Stadt geholt, die für den privaten Arbeitsmarkt nur unter Anführungszeichen „zu alt“ waren. Ich bin optimistisch, dass wir die 21.000 Arbeitskräfte bekommen, die wir so dringend brauchen.

In wenigen Tagen wählen wir in Wien den Landtag und Gemeinderat. Was ist am Ende unseres Gesprächs noch offen geblieben?

Meidlinger: Danke zu sagen den 13.000 Bediensteten, die für die ordnungsgemäße Abwicklung der Wahl sorgen werden. Ein ganz großes Danke dafür!

Obermüller: Ich möchte daran erinnern, dass wir am 27. April unsere Dienstgeberin wählen. Es gibt politische Mitbewerber, die den öffentlichen Dienst immer wieder diffamieren, ihn abwerten und regelmäßig gegen die Interessen der städtischen Bediensteten wettern. Dessen sollte man sich auch in der Wahlzelle bewusst sein und jenen die Stimme geben, die Sozialpartnerschaft und Daseinsvorsorge schätzen. ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Wir entscheiden die Zukunft

Am 27. April 2025 wählen wir in Wien Landtag und Gemeinderat. Das bedeutet, dass unsere Dienstgeberin gewählt wird. Dazu möchte ich ein paar Gedanken mitgeben.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1



Wien zeigt, dass das Miteinander, der sozialpartnerschaftliche Dialog, großartig funktioniert!

Wien ist deshalb eine gut verwaltete Stadt, weil sie seit 1945 durchgehend sozialdemokratisch regiert wird und wir seit damals auf kommunale Daseinsvorsorge setzen. Wir überlassen wichtige Dienstleistungen, die alle Menschen in Wien dringend brauchen (z. B. Versorgung mit Trinkwasser, Müllabfuhr, Bildungseinrichtungen, Hochwasserschutz etc.), nicht dem „freien Markt“, also nicht dem Prinzip der „Profitorientierung“. Wir setzen in Wien auf die städtischen Services, auf die Versorgungssicherheit und auf die Kompetenz der eigenen Mitarbeiter*innen. Damit ist die Stadt auch nicht Firmenpleiten, Aktienkursen oder Ähnlichem ausgeliefert. Durch das

eigene, qualifizierte Personal hat die Stadt Gestaltungsspielraum und ist auch in Krisen handlungsfähig, wie Covid-19 uns das wunderbar gezeigt hat.

Diesen erfolgreichen Wiener Weg gehen wir im lebendigen, sozialpartnerschaftlichen Dialog. Gemeinsam gestalten wir diese Stadt. Bei Herausforderungen setzen wir uns mit der

Dienstgeberin zusammen und suchen nach Lösungen – respektvoll, verantwortungsvoll und auf Augenhöhe.

Was uns in Wien eint, ist das gemeinsame Ziel, eine hohe Lebensqualität und ein leistbares Leben für alle Menschen

sicherzustellen und unseren Kolleg*innen stabile, attraktive Arbeitsplätze mit guter Bezahlung zu bieten.

In den vergangenen Monaten ist durch politische Veränderungen in den USA, aber auch durch den Rechtsruck in Österreich, die Demokratie als Staatsform zunehmend in Diskussion geraten. Der Ausgleich von Interessen wird von den Rechten als „Führungsschwäche“ abgewertet, doch das Streben nach einem Konsens, nach einer gemeinsamen Lösung, bildet den Kern der Demokratie.

Wien zeigt, dass dieses Miteinander, der sozialpartnerschaftliche Dialog, großartig funktioniert und dass dadurch auch einiges weitergeht. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren viel für die Kolleg*innen erreicht: sehr gute Gehaltsabschlüsse (zumindest plus 33 Prozent), Jobticket, Erhöhung der Essenszuschüsse, Altersteilzeit und vieles mehr.

Wir wählen am 27. April nicht nur ein politisches Gremium, sondern vor allem ein bewährtes Konzept für die Zukunft. Die Sozialdemokratie unter Bürgermeister Michael Ludwig bekennt sich zur kommunalen Daseinsvorsorge und steht für die Wertschätzung der städtischen Bediensteten, die den Erfolg Wiens erst ermöglichen. Gestalten wir gemeinsam den erfolgreichen Weg für unsere Zukunft mit einer Stimme für die Sozialdemokratie. ○

manfred.obermueller@wien.gv.at



„Wir ziehen an einem Strang!“

Wie Wien die hohe Lebensqualität auch in den nächsten Jahren sicherstellt und warum die Sozialpartnerschaft ein Vorbild für Europa ist, erklärt Bürgermeister Michael Ludwig im Gespräch.

Was macht Wien erfolgreich?

Ludwig: Dafür gibt es viele Gründe. Ein wesentlicher ist die gelebte Sozialpartnerschaft hier in Wien. Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Stadtregierung und Gewerkschaften, ganz besonders mit der Daseinsgewerkschaft younion. Da wir künftig Tausende hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen und im direkten Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stehen, ist es uns wichtig, dass wir uns in der Stadt Wien sozialpartnerschaftlich darauf verständigen, wie gute Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussehen. Die werden wir anbieten.

Konkret?

Gute Gehälter und moderne Arbeitsmittel. Ich war gerade bei der Übergabe von sechs neuen Feuerwehrautos an die Wiener Berufsfeuerwehr, die wahrscheinlich zu den modernsten Europas zählen. Wir fühlen uns in Wien verpflichtet, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich auch in Gefahrensituationen begeben, die besten Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen.

Welche Rolle spielen die städtischen Bediensteten für den Erfolg Wiens?

Eine zentrale Rolle. Wir sind stolz, dass wir viele Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen – in hervorragender Qualität, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hoch motiviert und qualifiziert sind.

Covid-19, Teuerung, Hochwasser – Wien ist sehr gut durch diese Krisen gekommen. Worauf führst du das zurück?

Auf die enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Sozialpartnern und Bevölkerung. Dass wir so gut durch das Hochwasser im September 2024 gekommen sind, hängt damit zusammen, dass wir in Wien einen sehr vorausschauenden Hochwasserschutz haben. Wir gehen mit Herausforderungen sehr verantwortungsvoll und innovativ um.

Was hast du persönlich aus den Krisen gelernt?

Wir ziehen an einem Strang. Dass wir den städtischen Betrieb während der Covid-Pandemie am Laufen halten konnten, war nur möglich, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit waren, hier zusätzlich zum Normalbetrieb Verantwortung zu übernehmen. In der Krise zeigt sich nicht nur der Charakter von Menschen, sondern auch der Charakter einer Gesellschaft.

Was sind die ganz großen Zukunftsthemen für Wien in den kommenden Jahren?

Das starke Bevölkerungswachstum. Wir haben – seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zu Beginn der 1990er Jahre – rund eine halbe Million Menschen mehr in der Stadt. Das ist fast doppelt so viel, wie Graz Einwohnerinnen und Einwohner hat.

Was ist dir dabei ganz besonders wichtig?

Wir arbeiten gerade am Stadtentwicklungsplan für die Zeit nach 2030. Uns ist dabei wichtig, den hohen Anteil an Grünraum sogar noch zu steigern. Wir haben die früheren Bahnhofsareale („Brown Fields“), wie den Nordbahnhof und den Nordwestbahnhof, in Stadtentwicklungsgebiete umgewandelt. Dort werden wir nicht nur Tausende leistbare Wohnungen auf den Weg bringen, sondern auch Parkanlagen und Grünräume errichten. Der Grünraumanteil in Wien steigt dadurch von 50 auf 53 Prozent.



Wir gehen mit Herausforderungen sehr verantwortungsvoll und innovativ um.

Michael Ludwig



Manfred Obermüller, Vorsitzender der Hauptgruppe 1, und Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion – Die Daseinsgewerkschaft, im Gespräch mit Bürgermeister Michael Ludwig

Welche Bedeutung hat der Klimaschutz in Wien?
Eine sehr hohe. Wenn wir die Verantwortung auch für folgende Generationen übernehmen wollen, ist der Klimaschutz eine zentrale Aufgabe. Als erstes Bundesland Österreichs hat Wien ein eigenes Klimagesetz verabschiedet, mit einem klaren Klimafahrplan bis 2040.

Die Gesundheitsversorgung ist für die Menschen sehr wichtig. Was ist da geplant?
Wir werden in den nächsten Jahren 3,3 Milliarden Euro für die Modernisierung und den Ausbau von Krankenhäusern einsetzen und mehr Ausbildungsplätze anbieten. Bis 2030 werden wir rund 16.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegebereich haben. Wien hat Ausbildungsgeld für Pflegeberufe eingeführt und den Zubau zur Fachhochschule Campus Wien finanziert. Seitdem haben wir mehr Interessentinnen und Interessenten, als wir – trotz Verdoppelung der Ausbildungsplätze – ausbilden können. Das heißt, wir werden in den nächsten Jahren ausreichend Pflegekräfte haben. Wir werden aber auch dezentrale Gesundheitseinrichtungen und Primärversorgungszentren fördern.



Klar ist: Wir werden Migration auch in Zukunft benötigen.

Michael Ludwig



Bei den Wahlkämpfen in Deutschland und auch bei der Nationalratswahl in Österreich war Migration ein zentrales Thema. Wie geht Wien mit Zuwanderung um?

Zuwanderung ist ein Thema, das uns schon Jahrzehnte begleitet. Wir sind das einzige Bundesland ohne Außengrenze. Für Zuwanderung, Flucht, Asyl und Migration ist der Bund zuständig. Aber wir fühlen uns verpflichtet, uns um jene Menschen zu kümmern, die sich in der Stadt aufhalten. Da gibt es Herausforderungen bei Kindergärten, Schulen und im Gesundheitswesen. Wir mussten beispielsweise rund 4.500 Kinder aus der Ukraine innerhalb weniger Monate in den Schulbetrieb integrieren.

Wie kann das in so kurzer Zeit funktionieren?

Ich empfehle den Film „Favoriten“ von der Regisseurin Ruth Beckermann. Sie hat mit ihrem Team die wirklich hervorragende Pädagogin Ilkay Idiskut und deren Volksschulklasse zwei Jahre lang begleitet. Keine ganz leichte Situation, aber wir versuchen, sie zu meistern. Im Unterschied zu jenen Parteien, die stets nur Forderungen erheben. Wenn man sich die Abstimmungsergebnisse im Gemeinderat, im Stadtsenat anschaut, wird man merken, dass jene Parteien, die am lautesten schreien, bei Integrationsmaßnahmen nie mitstimmen und auch keine Ideen einbringen. Klar ist: Wir werden Migration auch in Zukunft benötigen. Die Frage wird sein, wie man hier regulierend eingreifen kann.

Wo zeigt sich in Wien die Politik des Miteinanders ganz besonders?

In der guten Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften. Wir haben einen Religionsrat gegründet, der mir beratend zur Seite steht und in dem alle anerkannten Religions- und Bekenntnisgemeinschaften vertreten sind. Wir haben in Wien ein anderes Miteinander als in anderen Millionenstädten in Europa, weil wir es gezielt fördern. Das passiert nicht von selber. Es gibt viele engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft, wir sind Sitz von mehr als 40 internationalen Organisationen, von der UNO über die Internationale Atomenergiebehörde und die OPEC bis zur Europäischen Menschenrechtsagentur und vielen anderen mehr. Ich sehe die Rolle Wiens darin, im neutralen Österreich eine weltoffene Stadt zu sein, in der Friedensgespräche auf internationaler Ebene möglich sind.

Die Demokratie muss immer wieder auch erlernt werden. Was kann Wien dazu beitragen?

Wien ist derzeit europäische Demokratiehauptstadt. Wir haben diesen Titel zugesprochen bekommen, weil wir auf vielen Ebenen sehr interessante demokratiepolitische Projekte verfolgen. Wir haben Kinder- und Jugendparlamente und vereinbart, dass wir eine Million Euro zur Verfügung stellen für die Umsetzung von Projekten, die die Kinder selber entwickeln. Großartig ist auch die Aktion „Rein ins Rathaus“, wo eine Woche lang das Wiener Rathaus



Der sozialpartnerschaftliche Dialog als Grundbaustein der Demokratie wird in Wien seit Jahrzehnten gelebt.

den Kindern gehört. Sie spielen Stadtverwaltung. Da gibt es dann alle wichtigen Einrichtungen, die eine Stadt braucht, zum Beispiel ein Stadtbauamt, eine Fahrschule, Banken, Restaurants etc. Und täglich wird ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin gewählt. Ich gehe dann immer durch und rede mit den Kindern. Die fiktive Stadt hat eine eigene Zeitung, eine Radiostation und einen Fernsehsender und ich bekomme auch harte Fragen gestellt. Kinder lernen schon frühzeitig, wie Demokratie funktioniert. Da muss man sich auch manchmal streiten, manchmal durchsetzen, wird manchmal gelobt, manchmal nicht.

Welche Bedeutung hat für dich die Sozialpartnerschaft?

Sie ist sicher ein Grundpfeiler der Zweiten Republik und mit ein Grund, dass sich Österreich so positiv entwickelt hat. Der Klassenkampf am grünen Tisch, wie die Sozialpartnerschaft oft genannt worden ist, hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass Österreich wirtschaftlich, aber auch gesellschaftspolitisch ein Role Model geworden ist für viele andere Länder. Auch die EU sieht in der Sozialpartnerschaft ein großes Vorbild, dem man nacheifern sollte. Wir können zu Recht stolz sein und müssen sehr darauf achten, dass diese wichtige Struktur erhalten bleibt. Dazu gehören auch Kammern und starke Gewerkschaften.

Was sind aktuelle Highlights der Daseinsvorsorge?

Wir bauen jetzt das größte geschlossene Wasserreservoir der Welt. Wir haben die größte U-Bahn-Baustelle Europas in Wien. Wir transportieren bei den Wiener Linien rund eine Milliarde Menschen pro Jahr, wenn die Ausbaustufen fertig sind, werden es 1,3 Milliarden sein. Wir leisten in Wien auch in der Landwirtschaft Großartiges. Wir produzieren mehr Brotgetreide als Vorarlberg, Tirol und Salzburg zusammen. Es gibt keine Millionenstadt, die einen so guten und effizienten Weinbau praktiziert wie Wien. Wir sind auch im biologischen Gemüseanbau sehr weit vorne.

Welche Vision hast du für die nächsten zehn Jahre für Wien?

Der Wirtschaftsstandort wird zu stärken sein, gestützt von einer effizienten, gut funktionierenden Verwaltung. Wir werden uns auch weiterhin intensiv mit neuen Technologien, künstlicher Intelligenz und Digitalisierung beschäftigen und die städtischen Leistungen weiterentwickeln. Da ist zusätzliche Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbstverständlich. ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at



Die FPÖ betreibt Politik für die Reichsten: Sie senkte die Körperschaftssteuer, blockierte eine Millionärs- und Erbschaftssteuer und verhinderte eine Übergewinnsteuer. Während Konzerne profitieren, schwächt sie den Sozialstaat und die Rechte der Arbeitnehmer*innen. Ein Geschenk an die oberen Zehntausend.

Die FPÖ ist keine soziale Partei

Die Freiheitlichen geben sich gerne als die Partei der „kleinen Leute“ aus. Doch ein Blick auf ihre Politik zeigt: Sie machen Politik für Konzerne, Top-Verdiener*innen und die Reichsten im Land.

Die Abstimmungen im Parlament sprechen eine deutliche Sprache: Die FPÖ stimmt laufend gegen so gut wie jede soziale Verbesserung. Egal ob in der Opposition oder in der Regierung: Die FPÖ war gegen die Erhöhung des Arbeitslosengelds, gegen einen Mietpreis-Stopp, gegen mehr Geld für Gemeinden, gegen die Erhöhung der Studienbeihilfe und gegen eine bessere Gesundheitsversorgung. Sie hat sogar gegen einen Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenlose Kinderbetreuung gestimmt.

Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping wurde ohne ihre Zustimmung beschlossen. Jede vierte ausländische Baufirma bezahlt ihren Arbeiter*innen in Österreich zu wenig Lohn, das Gesetz will hier Abhilfe schaffen. Die FPÖ war auch gegen die Erhöhung des Pflegegelds oder den Ausbau des Pflegefonds. Sie wandte sich gegen die Einführung der Mindestsicherung. Sie ist konsequent gegen eine Besteuerung von Vermögen und Konzerngewinnen. Dafür hat sie sich



In Oberösterreich forderte FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner, Krankenstandstage als Urlaub zu werten.



für Immobilienmakler*innen stark gemacht. Die Begrenzung der Makler*innengebühr auf zwei Monatsmieten – eine Maßnahme, die vielen Wohnungssuchenden finanzielle Erleichterung gebracht hat – bekämpfte sie sogar mit einer eigenen Petition.

Auch in ihrer Zeit in der schwarz-blauen Bundesregierung 2017 bis 2019 unter Sebastian Kurz war die FPÖ federführend dabei, als es um den Sozialabbau ging: Sie kürzte die Mindestsicherung für Kinder, schaffte das erfolgreiche Arbeitsmarktprogramm „Aktion 20.000“ für über 50-jährige Langzeitarbeitslose ab und führte den 12-Stunden-Tag ein – das alles gegen die massenhaften Proteste der Arbeitnehmer*innen. Auch die Kürzungen bei der AUVA – zum Vorteil der Unternehmen, zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen – gehen auf ihr Konto.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch auf europäischer Ebene: Im EU-Parlament hat die FPÖ immer wieder gegen Maßnahmen gestimmt, die Beschäftigten zugutekommen würden. Sei es die Einführung von Mindestlöhnen, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Plattform-Ökonomie oder der Schutz vor Lohn- und Sozialdumping – die FPÖ stellt sich auf europäischer Ebene konsequent gegen die Interessen von Arbeitnehmer*innen. Auch beim Klimaschutz zeigt sich ihre Nähe zu Großkonzernen: Statt für eine gerechte Verteilung der Kosten einzutreten, setzt sie sich für die Interessen der Industrie ein und blockiert Maßnahmen, die Arbeitnehmer*innen und Haushalte entlasten könnten.

Steuergeschenke für Reiche

So unsozial ihre Politik gegen Arbeitnehmer*innen ist, so großzügig ist die FPÖ gegenüber den Reichsten. In ihrer Regierungszeit senkte

sie die Körperschaftssteuer für Unternehmen, stimmte gegen eine Millionär*innen-Steuer und gegen eine Erbschaftssteuer. Sie verhinderte eine Übergewinnsteuer für Konzerne, die in der Krise Rekordgewinne machten, und trat für Steuersenkungen ein, die vor allem Wohlhabenden nützen.

Wer wissen will, was passiert, wenn die FPÖ regiert, muss nur nach Niederösterreich oder Oberösterreich schauen. In Niederösterreich haben FPÖ und ÖVP den sozialen Wohnbau faktisch eingestellt – dabei zahlen alle Niederösterreicher*innen genau dafür Wohnungsförderbeiträge. In Oberösterreich wurde die Kinderbetreuung massiv erschwert, und FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner forderte, Krankenstandstage als Urlaub zu werten – ein direkter Angriff auf alle Arbeitnehmer*innen.

Partei der Konzerne

Die FPÖ mag sich als Partei der „kleinen Leute“ geben. Doch ihre Politik erzählt eine andere Geschichte: Sie ist die Partei der Konzerne, der Millionär*innen, der Reichsten. Sie macht keine Politik für Arbeitnehmer*innen, für Menschen mit geringem Einkommen, für Familien oder Pensionist*innen, die jeden Monat aufs Neue rechnen müssen, ob es sich ausgeht.

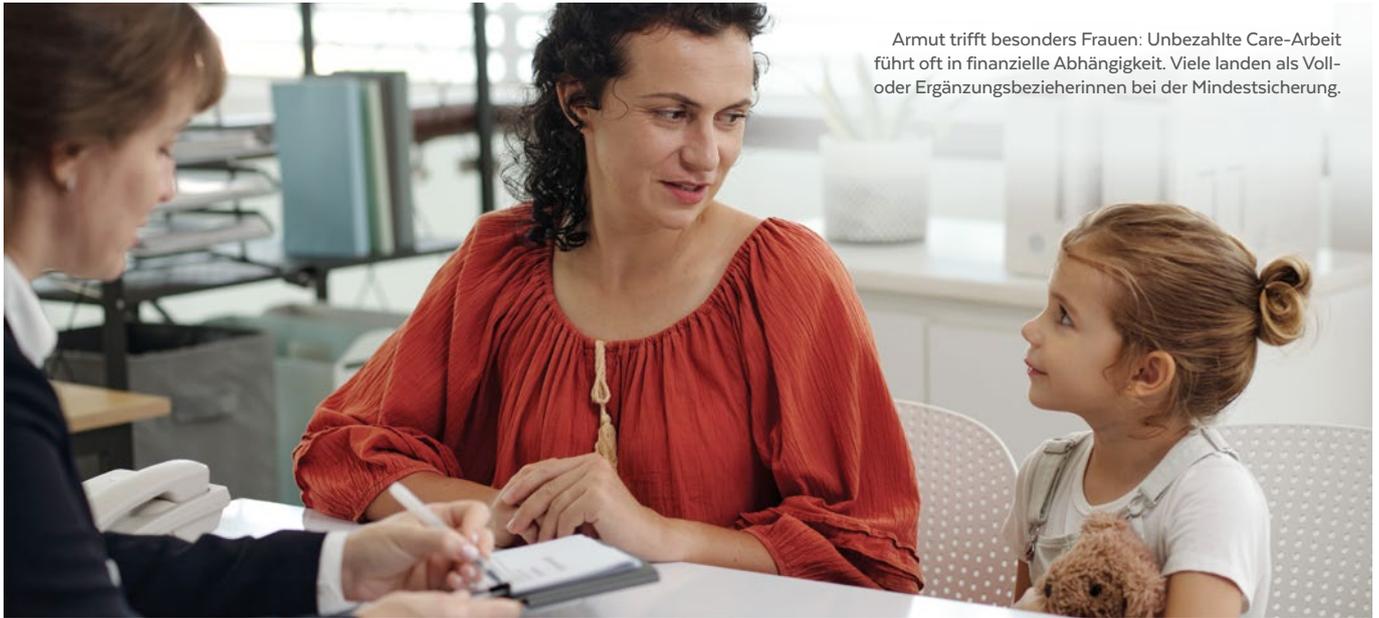
Wer gerechte Löhne, leistbares Wohnen, eine gute Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit will, darf nicht auf die FPÖ vertrauen. Denn sie macht genau das Gegenteil: Sie baut Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte ab, um Steuergeschenke an die Reichsten zu verteilen. Das ist knallharte Klientelpolitik für die oberen Zehntausend. ◦

presse@momentum-institut.at

Neben erschwerter Kinderbetreuung werden arbeitstätigen Müttern durch freiheitliche Landesregierungen noch weitere Hürden in den Weg gelegt.



Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.



Armut trifft besonders Frauen: Unbezahlte Care-Arbeit führt oft in finanzielle Abhängigkeit. Viele landen als Voll- oder Ergänzungsbezieherinnen bei der Mindestsicherung.

Faktencheck Wiener Mindestsicherung

Die Wiener Mindestsicherung ist das finanzielle Auffangnetz der Bürger*innen. Die MA 40 hat somit nicht nur eine enorme Antragsflut zu bearbeiten, sondern ist tagtäglich mit den Sorgen des Gegenübers konfrontiert – ein Blick hinter die Kulissen.

Es ist fast schon witzig, als Mitarbeiterin der MA 40 in diversen Boulevardzeitungen zu lesen, wie die Wiener Mindestsicherung (WMS) fast täglich durch den Kakao gezogen wird. Diese Medien fördern Hass, Diskriminierung und eine Neidkultur. Unser Sozialstaat beruht auf Gerechtigkeit und Solidarität – und selbstverständlich erhält sowohl eine österreichische Familie als auch eine nicht-österreichische in derselben Situation die gleiche Unterstützung. Anstatt Mythen zu glauben, wollen wir aufklären und Zahlen (Stand Dezember 2024) für sich sprechen lassen:

Zurzeit beziehen 139.942 Menschen Wiener Mindestsicherung. Davon sind 53.902 minderjährig, also Kinder, die sich entweder im Kindergarten, in einer Schul- oder Lehrlingsausbildung befinden.

60.647 sind über 25 Jahre alt. Diese Zahlen widerlegen die Aussage „Die Jugend will nicht

arbeiten“: Lediglich neun Prozent der Bezieher*innen sind zwischen 18 und 25.

Ein verbreiteter Irrglaube ist, dass jede Person in Bezug die volle Leistung erhält. Der Mindeststandard 2025 beträgt für eine alleinstehende, erwachsene Person 1.209,01 Euro. Rund 77 Prozent der WMS-Bezieher*innen erhalten die Leistung als Ergänzung zu einem anderen Einkommen wie z. B. aus einem Dienstverhältnis, AMS-Leistung (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe etc.), Kinderbetreuungsgeld, Pensionen usw.

Die wirkliche Frage ist, warum Löhne, Gehälter sowie andere Sozialleistungen nicht für eine Existenzsicherung reichen.

Wer sich ehrlich mit den Zahlen auseinandersetzt, erkennt, dass die WMS keineswegs ein großzügiges Einkommen ist, sondern gerade einmal das Existenzminimum sichert.

Frauen armutsgefährdeter

Stand Jänner 2025 sind 9.769 erwachsene Personen in Wien alleinerziehend. Nur ca. sechs Prozent dieser Zielgruppe sind männlich. Frauen sind daher armutsgefährdeter als Männer.

Für die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen wurde lange gekämpft. Aber noch immer können sich manche Frauen durch die nur von ihnen erledigte Care-Arbeit und die finanzielle Abhängigkeit vom Ehepartner keinen Pensionsanspruch erarbeiten. Bestenfalls erhalten sie daher eine Witwenpension. Im schlimmsten Fall nichts. In beiden Fällen landen sie bei uns am Schalter als Voll- oder Ergänzungsbezieherinnen. Altersarmut ist echt. Und sie ist weiblich.

Von der FPÖ auf Bundesebene gewünschte Maßnahmen wie die Streichung der Bildungskarenz und die Einführung der Herdprämie würden vor allem Frauen treffen, da sie laut Studien nach wie vor mehr Eltern- sowie Bildungskarenz nutzen. Frauen hätten weiterhin eine schwerere Inklusion in den Arbeitsmarkt. Dabei wissen wir, dass eine längere Karenzzeit zu schlechter bezahlten Jobs führt. Diese sind dann in den meisten Fällen auch noch Teilzeitbeschäftigungen und bleiben es lange, denn Kinderbetreuung ist nach wie vor Frauensache.

Anstatt Frauen wieder schneller und besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, will FPÖ-Politik sie systematisch in die Armut zwingen. Der Weg zum Sozialamt ist da schon vorprogrammiert. Solche Maßnahmen wären eine Armutsfalle für Frauen bzw. Mütter.

Einblick in die Arbeit der MA 40

Wie eingangs schon erwähnt, leisten die Mitarbeiter*innen der MA 40 tagtäglich einen wertvollen Beitrag für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt.

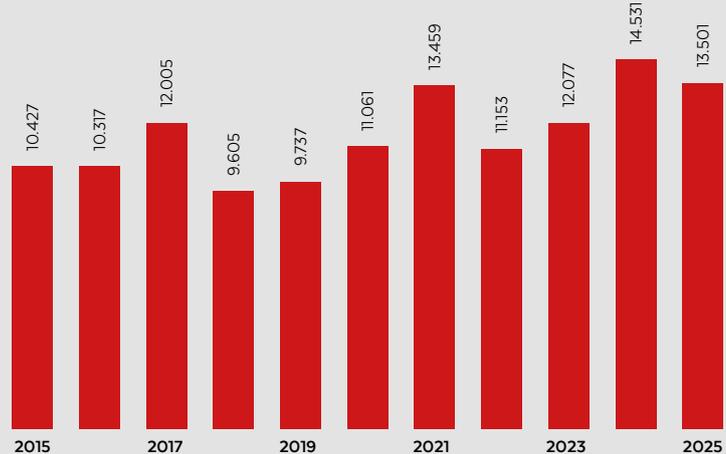
Im Jahr 2024 wurden 638.221 telefonische Kund*innen-Anfragen beantwortet. Ca. 145.000 Anträge wurden abgearbeitet, 405.969 Bescheide erstellt und verschickt.

Boulevardzeitungen bezeichnen die Mitarbeiter*innen als „zu gutgläubig“, die MA 40 befände sich in einer „desaströsen“ Lage.

Fakt ist, dass die Mitarbeiter*innen der MA 40 ein Gesetz vollziehen und nach den Durchführungsbestimmungen arbeiten. Fakt ist aber auch, dass sich auf der anderen Seite hilfsbedürftige Bürger*innen befinden. Die Klient*innen leben in existenzbedrohenden Situationen, die die Mitarbeiter*innen bei jedem Kontakt spüren. Unsere Kolleg*innen meistern das jedoch jeden Tag, sobald sie das Sozialzentrum betreten, und dafür gehört Dank ausgesprochen.

Anträge Wiener Mindestsicherung (WMS)

Jeweils Jänner des Jahres:



Der Wiener Weg

Die MA 40 hat in den letzten Jahren viel erreicht – auch mit der Wiener Jugendunterstützung. Durch das Zusammenspiel von Verwaltung, Sozialarbeit und AMS werden junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren besonders gut gefördert.

In das Thema Digitalisierung wird ebenfalls viel Arbeit gesteckt. Am Dokumentationssystem wird ständig gefeilt, damit es übersichtlicher und benutzer*innenfreundlicher wird. Zudem arbeitet die Abteilung bereits mit Online-Anträgen. Die zur Verfügung gestellten Terminals in den Sozialzentren bringen den Klient*innen Digitalisierung nahe. Ein Online-Antrag kostet zudem auch weniger Zeit und ist umweltfreundlicher.

Eine sozial gerechte Stadt, die den Fortschritt im Blick hat, ist nur mit einer sozialdemokratischen Politik möglich. Gerade jetzt, in unsicheren Zeiten, sind ein respektvolles Miteinander und sozialer Zusammenhalt das Um und Auf. Die MA 40 und ihre Mitarbeiter*innen leisten dazu einen wertvollen Beitrag. ◦

julija.helfer@wien.gv.at



Julija Helfer
Vorsitzender-Stellvertreterin
DA 115 – Soziales, Sozial-
und Gesundheitsrecht

UNSERE ZAHLEN

Anträge (pro Standort – sechs wienweit):
24.301

Änderungsmeldungen (pro Standort):
17.092

Erstellte Bescheide:
405.969

Erstellte Schriftstücke (ohne Bescheide):
708.223



Arbeit bedeutet mehr als Einkommen – sie schafft Entfaltung und Teilhabe. Wien setzt auf soziale Errungenschaften wie Weihnachtsgeld, Urlaubsrecht, Gleitzeit und Pflegefreistellung, um faire Arbeitsbedingungen für alle zu sichern.

Sozial, sicher und solidarisch

Daseinsvorsorge, Bildungsmöglichkeiten und Gewaltprävention sind nur drei Pfeiler der Frauenpolitik der Wiener SPÖ.

Wohlstand für möglichst viele Menschen und sozialer Frieden hängen zusammen. Nach diesem Grundprinzip handelt Wien seit Jahrzehnten. Viele Errungenschaften des Roten Wien, auf die wir nach wie vor stolz sind, stammen aus der Arbeiter*innenbewegung. Ein Einkommen zum Auskommen bleibt weiter Grundvoraussetzung für eine eigenständige und gesicherte Existenz.

Das ist dem sozialdemokratischen Wien wichtig. Arbeit ist aber mehr als Geldverdienen. Arbeit soll Entfaltungsspielräume bieten. Sie soll Wahlmöglichkeiten eröffnen und Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglichen. Neben der bezahlten Arbeit gibt es das weite Feld der unbezahlten Arbeit. Arbeit, egal in welchem Zusammenhang, muss fair bewertet werden.



Regina Müller
Frauenvorsitzende sowie
Referentin für Diversität

Größte Frauenbefragung

2022 wurde die größte Wiener Frauenbefragung „Wien, wie sie will.“ durchgeführt. Sie zeigt die Situation von Frauen und Mädchen in Wien sowie ihre Wünsche und Ideen für die Zukunft. Es wurden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen, wie etwa junge Frauen, Frauen ab 60 Jahren, Frauen mit Migrationshintergrund, Mütter, Alleinerzieherinnen, erwerbstätige Frauen, Frauen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Frauen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen. Rund 15.500 Wienerinnen haben teilgenommen und mehr als 77.000 Antworten gegeben.

Mehr Zeit, mehr Raum und mehr Chancen: Das wünschen sich die Teilnehmerinnen. Die Ergebnisse sind Grundlage für konkrete Maßnahmen und Projekte der nächsten Jahre.

Was Wien bereits bietet

Die öffentliche Verwaltung und die Daseinsvorsorge schaffen Stabilität und gewährleisten der Bevölkerung die notwendige Versorgung. Eine funktionierende Daseinsvorsorge (Müll, Feuerwehr, medizinische Versorgung, Wiener Wasser, Kultur- und Freizeitangebot) entlastet Frauen und schafft ein sicheres, lebenswertes Umfeld.

Im Bereich Freizeit ist es der Stadt wichtig, Naherholungsgebiete zu schützen, zu erhalten und auszubauen, wie etwa die Donauinsel, die Donauauen oder Parkanlagen. Darüber hinaus werden Sport- und Erholungseinrichtungen für die Bevölkerung erhalten und ausgebaut. Dazu zählen Bäder, Thermen und Sportplätze, aber auch kostenlose Freizeitaktivitäten für

Kinder und ihre Familien. Nicht nur in Krisenzeiten ist dies von großer Bedeutung. Diese öffentlichen Leistungen verdienen Anerkennung und einen respektvollen Umgang mit den Menschen, die diese Leistungen erbringen.

Kein Wohlstand ohne Bildung

Einen hohen Stellenwert hat für die Stadt Wien auch Bildung. Sie schafft Wohlstand und trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Fortschritt bei.

Die Stadt bekennt sich, zum Beispiel, zur Wichtigkeit der Lehre, einerseits selbst als Ausbilderin und andererseits als Unterstützerin in den Lehrwerkstätten.

Aber auch vom Kindergarten bis zur Universität, von der Volkshochschule (VHS) bis zum Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds (WAFF) bietet Wien vielfältige (Weiter-) Bildungsmöglichkeiten an. Über diese Kanäle sowie Büchereien und Bezirksmuseen stellt die Stadt in den einzelnen Bezirken niederschwellige Bildungsangebote zur Verfügung.

Lebenswertes Arbeiten

Arbeit darf nicht krank machen – Instrumente/Einrichtungen wie Mobbingprävention, Gleichbehandlungsbeauftragte, Führungskräftebildungen, arbeitsmedizinische und arbeitspsychologische Betreuung u. v. m. müssen angesichts der Digitalisierung in den Dienststellen ausgebaut werden, damit die Kolleg*innen mit den Entwicklungen Schritt halten können.

Wichtige Errungenschaften bleiben etwa Weihnachtsgeld, Urlaubsrecht, Auszahlung der Überstunden, Gleitzeitregelungen, Karenzregelungen oder Pflegefreistellungen. Diese Regelungen werden bei der Stadt Wien mit der Gewerkschaft unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen (Geschlechtergerechtigkeit, Alter, Gesundheit, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ...) gemeinsam gestaltet.

Der Schutz vor Diskriminierung hat bei der Stadt Wien ebenfalls einen hohen Stellenwert. Wichtig ist zu bedenken, dass faire Arbeitsbedingungen auf sozialpartnerschaftlichen Regelungen basieren. Sozialpartnerschaftlich verhandelte und demokratisch entstandene Gesetze schützen vor Willkür und kommen möglichst allen zugute – nicht nur einigen wenigen.

Stadt bietet Schutz

In Wien wird Gewaltschutz ernst genommen. Es wurden wichtige Schritte im Kampf gegen Gewalt an Frauen gesetzt: So wurden etwa die Mittel im Gewaltschutz in der Männerberatung aufgestockt und 2022 wurde das fünfte Wiener Frauenhaus eröffnet.

Darüber hinaus können Frauen rund um die Uhr von Expert*innen beraten werden, etwa beim 24-Stunden-Frauennotruf (Telefon: 01/717 19). Es gibt auch eine Erstanlaufstelle für Betroffene von Internet-Kriminalität wie Betrug, Datenmissbrauch, Cyber-Mobbing oder Online-Stalking: die Cybercrime-Helpline unter 01/40 00 40 06.

Frauengesundheit

Es ist eine Tatsache, dass Frauen mehr für ihre Gesundheit ausgeben müssen als Männer. Es braucht mehr Investitionen in die Gesundheitsforschung für Frauen, da Frauen auf viele Medikamente anders ansprechen als Männer.

Bereits 1998 beschloss der Wiener Gemeinderat die Gründung des Wiener Programms für Frauengesundheit. Das Büro für Frauengesundheit bietet zahlreiche Möglichkeiten für Frauen, sich mit dem Thema Gesundheit auseinanderzusetzen. Ein starkes Zeichen hat die Stadt mit der Aktion „Rote Box“ (kostenlose Binden oder Tampons) gesetzt.

Nur mit einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft ist eine Weiterentwicklung bezüglich Frauenrechte möglich. ◦

regina.mueller@wien.gv.at



Schutz vor Diskriminierung hat bei der Stadt Wien einen hohen Stellenwert.



Freizeit für alle: Die Stadt schützt und erweitert Naherholungsgebiete, Bäder, Sportplätze und kostenlose Freizeitangebote. Diese öffentlichen Leistungen sind essenziell – ebenso wie der respektvolle Umgang mit den Menschen, die sie ermöglichen.



Wien startet die Joboffensive 18plus: Eine viermonatige Förderung soll Unternehmen motivieren, langzeitarbeitslose Jugendliche einzustellen. So schafft die Stadt Chancen für junge Menschen und unterstützt ihren Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Wien tut Kindern und Jugendlichen gut

Warum sozialdemokratische Politik für junge Menschen den Unterschied macht.

Wenngleich das Wahlalter in Wien bei 16 Jahren liegt und viele von ihnen noch nicht wählen dürfen, geht es bei den kommenden Landtags- und Gemeinderatswahlen auch um ihre Zukunft: Die Rede ist von den Tausenden Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt. Ihre Zukunft liegt Bürgermeister Michael Ludwig besonders am Herzen. Er hat auf der SPÖ-Klubtagung am 11. März unter dem Motto „Gut für Wien“ in seinen Plänen für die Stadt zahlreiche Maßnahmen präsentiert, die Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Sie reichen von Arbeit und Bildung über Gesundheit bis hin zur politischen Partizipation.

So ist in Wien die Joboffensive 18plus geplant. Dabei fördert die Stadt Wien eine viermonatige Beschäftigung, um Unternehmen einen Anreiz zu bieten, Jugendliche anzustellen, die bereits länger als neun Monate erwerbslos sind. Parallel dazu sollen junge Arbeitssuchende bereits im Vorfeld mit Beratung und Betreuung auf das Arbeitsleben vorbereitet werden. In einer ersten Runde können ab Herbst bereits 1.000 arbeitslose Jugendliche an der Initiative teilnehmen.

Regina Müller
Frauenvorsitzende sowie
Referentin für Diversität

Psychische Gesundheit

Im Gesundheitsbereich soll der Fokus stärker als bisher auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gerichtet werden. Vor allem in schwierigen Phasen sollen sie rasch professionelle Unterstützung erhalten – ohne lange Wege und Wartezeiten. Daher hat die Stadt vor Kurzem ein neues kinder- und jugendpsychiatrisches Ambulatorium in Wien-Alsergrund eröffnet. Mit diesem fünften sozialpsychiatrischen Ambulatorium der Psychosozialen Dienste Wien wird Sorge getragen, dass bis zu 600 junge Menschen jährlich von einem multiprofessionellen Team betreut werden können. 2,5 Mio. Euro investiert die Stadt Wien jährlich gemeinsam mit der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), um das kinder- und jugendpsychiatrische Versorgungsnetz bis 2030 weiter auszubauen.

Multiprofessionelle Teams

Ein weiterer wichtiger Baustein für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sind die multiprofessionellen Teams an den städtischen Schulen. Diese Teams bestehen aus Lehrkräften, Sonderpädagog*innen, Schulpsycholog*innen, Sozialarbeiter*innen sowie weiteren Fachkräften, die gemeinsam Fördermaßnahmen für jedes einzelne Kind entwickeln und umsetzen. Damit stellt die Stadt sicher, dass Schüler*innen in allen Lebensbereichen Hilfe erhalten, wenn sie diese benötigen – sei es durch schulische Förderung, psychologische Betreuung oder soziale Unterstützung. Diese Zusammenarbeit der verschiedenen Fachrichtungen trägt entscheidend dazu bei, dass alle Kinder in Wien die bestmögliche Unterstützung erhalten, die sie für ein gutes Aufwachsen brauchen. ◦

regina.mueller@wien.gv.at

Alles rund um den Dienst am Wahltag

Die Durchführung der Wahlhandlung ist eine Dienstpflicht der Mitarbeiter*innen der Stadt Wien. Wer ist am Wahltag eingeteilt? Die Personalsicherstellung wird von der Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Personal und Revision, Gruppe Personalwirtschaft und Förderungen vorgenommen. Bestellungen erfolgen zumeist auf Basis freiwilliger Meldung. Aufgrund des hohen Personalbedarfs werden allerdings mitunter auch Bedienstete ohne Meldung herangezogen.

Ist die Wahlentschädigung ruhegenussfähig?

Sprenzelwahlleiter*innen und -stellvertreter*innen sowie unterstützende Mitarbeiter*innen erhalten eine Bruttoentschädigung in der Höhe von 516,73 Euro, Ordner*innen 369,91 Euro (Stand 2025).

Die Wahlentschädigung ist zu 100 Prozent ruhegenussfähig, fließt zu 100 Prozent in die Pension mit ein.

Urlaubssperre

Erholungsurlaube sind so zu planen, dass eine ordnungsgemäße Durchführung gewährleistet ist. Das bedeutet, dass von 22. bis 27. April 2025 das von den Dienststellen gemeldete Personal zur Verfügung stehen muss.

Dienstfrei am Tag der Wahlinstruktion

Bei freiwilliger Meldung von Teilzeitbeschäftigten und Karenzierten kann die Wahlinstruktion auf einen dienstfreien Tag (E) fallen. Hier ist dieser innerhalb der Woche zu tauschen. Urlaub darf nicht genommen werden.

Die Instruktionsveranstaltungen beginnen am Dienstag vor dem Wahltag und sind verpflichtend. Liegen Wahlinstruktion plus Workshop außerhalb der regulären Dienstzeit, ist diese Zeit auszugleichen.

(Nicht) anerkannte Befreiungsgründe

Befreiungen sind von den Dienststellen zu dokumentieren. Bei nicht dienstlicher Natur dürfen nur persönliche Umstände berücksichtigt werden, die der Dienststellenleitung glaubhaft nachgewiesen wurden.

Ja:

- längerer Krankenstand
- Altersteilzeit
- Diensterleichterungen
- notwendige Betreuung von Kindern
- anderer Elternteil leistet bereits Wahldienst
- Dienst am Wahltag (WIGEV, MA 67 etc.)
- Urlaub bereits vermerkt

Nein:

- Familienfeier
- Geburtstag
- Eintrittskarten für Veranstaltungen
- nach Kundmachung des Wahlerlasses gebuchte Urlaube
- Unlust
- kein Interesse an Politik

Erkrankung am Wahltag

Bei Erkrankung ist dies rechtzeitig telefonisch dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt mitzuteilen; die Krankmeldung ist für den Tag einzureichen. Kurzfristig erkranktes Personal kann von einem Krankenkontrollteam besucht werden.

Gesetzliche Ruhezeiten bei Dienst am Folgetag

Bestimmungen über tägliche Ruhezeit, Ruhepausen, wöchentliche Ruhezeit, Höchstarbeitszeit sowie Nachtarbeit gelten nicht bei Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen. ○

julia.fichtl@wien.gv.at

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at



Julia Fichtl
Leitende Referentin
für dienstrechtliche
Angelegenheiten



Kurt Mrzena-Merdinger
Vorsitzender-
Stellvertreter

QUERRAUNZER

Wie versucht wird, die Zeit zurückzudrehen

Kaum zu glauben. Da gibt es tatsächlich ein Beinahe-Regierungsprogramm von Blau-Schwarz, in dem Tempo 150 gefördert wird. Irre. Klimaschädliche Ideen, wie diese, sind binnen weniger Monate wieder zum Mainstream in der Politik geworden. Ganz nach dem Motto: Was schert mich die Umwelt? Was kümmert mich der Klimaschutz?

Mein Eindruck: Die Klimakrise wird gerade gelöscht. Delete. Einfach weg. Als wäre sie nie da gewesen. US-Präsident Donald Trump zeigt der Welt, wie Anti-Klimapolitik geht. Wissenschaftliche Erkenntnisse und empirische Fakten sind für ihn „fake news“. Bereits in seinem Wahlkampf hat er mit dem Slogan „Drill, baby, drill“ (auf Deutsch: „Bohre, Baby, bohre“) einen Vorgeschmack auf seine Amtszeit gegeben: Klimaschutzgesetze werden aufgehoben, fossile Brennstoffe wie Öl und Gas werden wieder massiv gefördert. Trumps Verhalten stärkt auch die Klimawandelleugner*innen in Europa.



Die Kräfte, die sich für den Klimaschutz, für die Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft einsetzen, sind nicht weg.

Doch der Klimawandel wird nicht aufhören, nur weil er Trump oder der FPÖ nicht gefällt. Die Durchschnittstemperaturen steigen ungebrochen, die Eispanzer um den Nord- und den Südpol schmelzen dahin, Rekord-Unwetter fegen über Festland und Meere.

Denken wir an den September 2024 zurück: Damals fehlten nur wenige Zentimeter und unsere Stadt wäre durch das Jahrtausendhochwasser massiv überschwemmt worden.



Wir hatten dabei wohl auch Glück im Unglück, aber vor allem haben wir in Wien ein großartiges Hochwassermanagement.

Mir scheint es, als lebten wir nun in einer Zeit, in der die Uhr zurückgedreht und Politik gemacht wird, die aus den 1980ern stammt. Das ist nicht nur in der Umwelt-, Verkehrs- oder Energiepolitik abzulesen, sondern auch auf vielen anderen Ebenen – von der Sozialpolitik über den Umgang mit Minderheiten bis hin zur Wirtschaftspolitik. Die Aufbruchsstimmung, die noch vor Monaten beinahe wie ein gesellschaftlicher Grundkonsens galt, hat sich pulverisiert und ist aus der Gegenwart verschwunden.

Doch die Kräfte, die sich für den Klimaschutz, für die Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft einsetzen, sind deswegen nicht weg. Sie sind nur etwas in den Hintergrund gerückt. Wir dürfen nicht vergessen: Wir sind es, die den Unterschied machen. Es liegt an uns, in welche Richtung sich die Politik in unserer Stadt entwickelt. Es ist unsere Entscheidung, wie stark wir uns politisch einbringen und mitbestimmen, welche Geisteshaltung in Wien gestärkt wird. 

Wendelin

Jahr für Jahr sieht man Wien an der Spitze der internationalen Rankings der lebenswertesten Städte. Für diese Listen werden meist Manager*innen und andere Top-Verdiener*innen gefragt, die für internationale Unternehmen in Wien arbeiten. Doch wie lebenswert ist Wien für die über zwei Millionen Wiener*innen selbst?

Dieser Frage geht die Stadt, koordiniert durch die Abteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung, seit mittlerweile 30 Jahren mithilfe der Wiener Lebensqualitätsstudie nach – und die Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Wiener*innen leben auch 2023 äußerst gerne in der österreichischen Bundeshauptstadt: 91 Prozent der Befragten antworteten mit „sehr gerne“ oder „gerne“ – ein Spitzenwert, der sich an die hervorragenden Ergebnisse der letzten Befragungen anschließt. Und das trotz der bewegten Zeiten: In der Befragung waren auch die Belastung durch die steigenden Lebenshaltungskosten, den Krieg in Europa oder den Klimawandel Thema.

Bestnoten

Die Höchstnoten vergeben die Wiener*innen für das Kulturangebot mit 89 Prozent, ebenso schätzen die Wiener*innen das Freizeitangebot (88 Prozent) und die Öffis (87 Prozent). Auch abseits der Freizeit werden die Angebote der Stadt gut bewertet: 77 Prozent sind (sehr) zufrieden mit dem



Die Stadt so umzubauen, dass sie grüner wird, mehr Radwege und verkehrsberuhigte Grätzl bekommt – dafür gibt es große Mehrheiten.

Schulangebot, 76 Prozent mit den Arbeitsmöglichkeiten und 71 Prozent mit dem Angebot an Kinderbetreuung. Auch die Stadtverwaltung wurde abgefragt und 63 Prozent der Wiener*innen sind (sehr) zufrieden mit ihr.

Fokus Klima

Das Thema Klima lässt die Wiener*innen nicht kalt: Maßnahmen zum klimafitten Umbau der Stadt werden stark befürwortet, wie der neue Klimaschwerpunkt der Befragung zeigt. Dazu Clemens Horak, Abteilungsleiter Stadtentwicklung und Stadtplanung: „Die Stadt so umzubauen, dass sie grüner wird, mehr Radwege und verkehrsberuhigte Grätzl bekommt – dafür gibt es große Mehrheiten.“

Alles in allem stellen die Wiener*innen der Stadt also ein äußerst gutes Zeugnis aus. Mehr Ergebnisse, spannende Details und interessante Auswertungen werden im Frühjahr 2025 veröffentlicht. 

bruno.sagmeister@wien.gv.at

Kultur, Öffis und Freizeit mit Spitzenwerten

Mehr als 90 Prozent der Wiener*innen bescheinigen ihrer Stadt eine hohe Lebensqualität.



In der Wiener Lebensqualitätsstudie bekamen vor allem das Kultur- und Freizeitangebot sowie die Öffis Höchstnoten

In der Wiener **Lebensqualitätsstudie 2023** wurden über **8.500 Wiener*innen** in einer repräsentativen Befragung mit über 120 Fragen zu ihrer Zufriedenheit mit Wien und aktuellen Themen wie Klima, Gesundheit, Mobilität, Kinderbetreuung etc. befragt. Die Ergebnisse der Studie sind Grundlage für evidenzbasierte Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

Bruno Sagmeister, MSc
Magistratsabteilung 18
Stadtentwicklung
und Stadtplanung

Inklusion am Arbeitsplatz leben

Erfolgreiche Inklusion bedeutet, dass alle Menschen ihre Potenziale entfalten können. Sie umfasst auch, Mitarbeiter*innen mit Behinderung die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt einzuräumen sowie einen gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu schaffen.



Gottfried Maier
Vorsitzender-Stellvertreter
der Behindertenvertrauens-
personen der HG 1

In den vergangenen Monaten wurden zahlreiche innovative und inklusive Maßnahmen der Stadt Wien mit den zugehörigen Interessenvertreter*innen geplant und bereits umgesetzt. Schon bei den vergangenen Wahlen wurden alle Wahllokale barrierefrei gestaltet. Auch in der Stadt Wien wurden einige barrierefreie und inklusive Arbeitsplätze geschaffen. Es gibt jetzt die Möglichkeit, den körperlichen und gesundheitlichen Erfordernissen entsprechend die erweiterten Zugangsmöglichkeiten zur Telearbeit in Anspruch zu nehmen. Im Fokus steht zudem die Förderung von Programmen, die die Einbeziehung aller Mitarbeiter*innen mit Behinderung zum Ziel haben.

Nennenswerte Unterstützung für die weitere Umsetzung gelebter Inklusion erfolgte vonseiten der Interessenvertretung der younion. Die Daseinsgewerkschaft gemeinsam mit der Stadt Wien auch durch die Schaffung eines unabhängigen und barrierefreien Behindertenvertrauenspersonen-Büros der HG 1. Dadurch sollen die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der



„Ein Schritt nach dem anderen“ bedeutet leider auch, dass man sich „immer nur auf einem Bein vorwärts“ bewegt.

Mitarbeiter*innen mit Behinderungen noch gezielter und vertraulicher gefördert und vertreten werden.

Die Stadt Wien hat bereits erkannt, dass gelebte Inklusion am Arbeitsplatz nicht nur eine Win-win-Situation für Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen bedeutet, sondern dass Inklusion auch die allgemeine Lebensqualität in Städten und Gemeinden verbessert.

Aber die komplette Umsetzung gelebter Inklusion ist nach wie vor eine große Herausforderung. Sie erfolgt „mit einem Schritt nach dem anderen“, wie man gerne sagt. Das bedeutet leider auch, dass man sich „immer nur auf einem Bein vorwärts“ bewegt.

Daher ist es weiterhin wichtig, diesen Prozess, gemäß den Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention, zu beschleunigen. Es darf nicht nur über Inklusion gesprochen werden, sie muss auch umgesetzt und gelebt werden. **o**

gottfried.maier@wien.gv.at



Unvollkommene Demokratie: Ein kaum geschätztes Gut

Demokratie – unser wertvollster Schatz und zugleich ein System, das uns oft frustriert. Sie ist langsam, kompliziert und nie perfekt. Aber sie ist alles, was wir haben.

Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung – das alles bedeutet Demokratie. Deshalb ist es unsere Verantwortung, sie nicht denjenigen zu überlassen, die sie zerstören wollen.

Doch wir Menschen machen es ihr nicht leicht. Wir sind bequem, wir ignorieren, was uns überfordert, und lassen uns von Populist*innen einfache Antworten verkaufen. Es ist einfacher, sich hinter das Licht führen zu lassen, als Verantwortung zu übernehmen. Aber genau das führt dazu, dass weltweit autoritäre Strömungen erstarben. Es gibt nur noch 21 vollkommene Demokratien in den weltweit über 190 Ländern. Das ist ein Armutszeugnis – Schuld tragen nicht nur „die da oben“, sondern wir alle.



Phillip Böcskő
Jugendvorsitzender
der HG 1

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wahlen allein machen noch keine Demokratie. Es braucht kritische Bürger*innen, die sich einmischen, diskutieren und Entscheidungen hinterfragen. Aber wenn wir aufhören, uns zu engagieren, gerät alles ins Wanken. Fake News verbreiten sich schneller als Fakten. Populist*innen nutzen Ängste aus und wirtschaftliche Interessen dominieren die Politik. Die Folge: Viele resignieren und glauben, sie könnten sowieso nichts ändern.



Demokratie ist nicht einfach, aber sie ist es wert. Lassen wir nicht zu, dass sie in Gleichgültigkeit untergeht. Es liegt an uns – jetzt und für die Zukunft!

Aber Demokratie lebt von denen, die sie verteidigen – auch wenn es anstrengend ist. Schauen wir auf Wien: Leistbares Wohnen, gute Bildung und ein starkes Gesundheitssystem sind keine Zufälle. Sie sind das Ergebnis harter politischer Arbeit. Aber nichts davon ist garantiert. Es ist unbequem, aber wahr: Demokratie scheitert, wenn wir sie scheitern lassen. Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Wer nicht wählt, stärkt die Falschen. Doch es gibt Hoffnung – und sie beginnt bei uns. Stell dir eine Welt vor, in der wir Fake News nicht einfach glauben, sondern hinterfragen. Eine Welt, in der Menschen für ihre Rechte auf die Straße gehen und sich Gehör verschaffen, in der Populist*innen an ihrer Leere scheitern, weil wir komplexe Antworten auf komplexe Fragen einfordern.

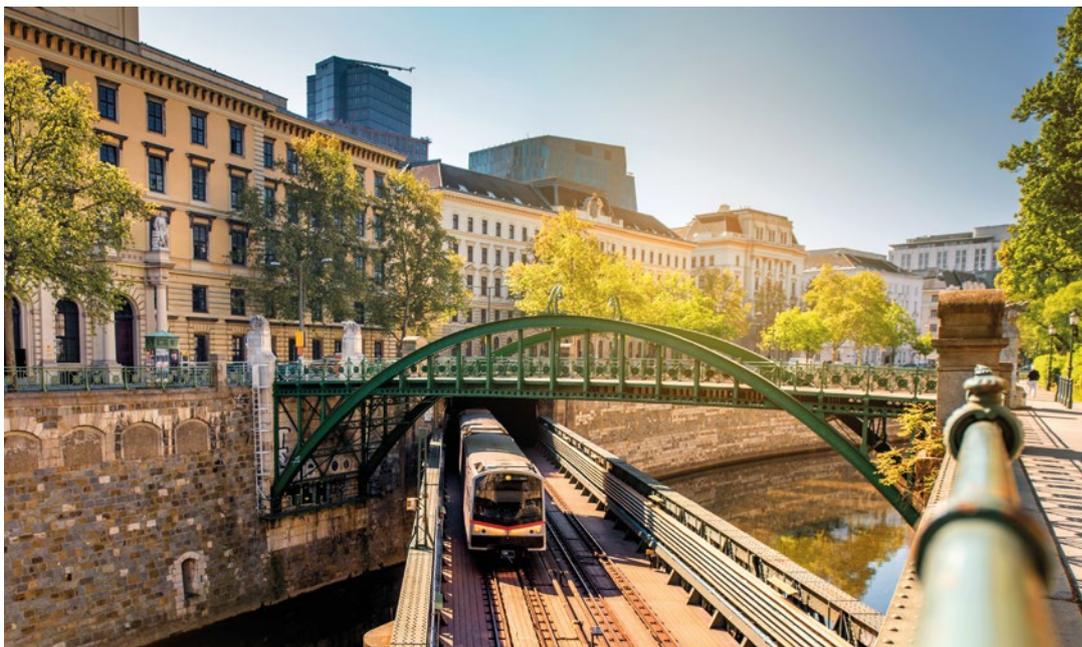
Das ist keine Utopie. Es ist möglich, wenn wir beginnen, Verantwortung zu übernehmen. Geh wählen. Engagiere dich in Vereinen oder Bürger*innen-Initiativen. Sprich mit anderen über Politik. Fordere Lösungen statt Ausreden. Demokratie lebt nicht von Zuschauer*innen – sie lebt von uns allen und überlebt nur, wenn alle teilhaben. ○

phillip.boescoer@wien.gv.at

SO KÖNNEN WIR DEMOKRATIE VERTEIDIGEN:

- Wählen gehen – jede Stimme zählt
- Fake News entlarven und Falschinformationen entgegnetreten
- Soziale Gerechtigkeit verteidigen
- Autoritäre Strömungen aktiv bekämpfen
- Mitbestimmung in Gesellschaft und Betrieben stärken

Daseinsvorsorge sichert Lebensqualität: von Wasser und Müllentsorgung bis zu Grünanlagen und öffentlichem Verkehr. Dank der engagierten Mitarbeiter*innen Wiens funktioniert all das reibungslos – oft unbemerkt.



Wien zeigt, wie Daseinsvorsorge funktionieren kann

Bei der in öffentlicher Hand befindlichen Daseinsvorsorge steht das Wohl der Bürger*innen im Mittelpunkt. Vor allem, dass hochwertige Leistungen erschwinglich und niederschwellig in Anspruch genommen werden können.



Michael Lewisch
Leitender Referent für Bildung, Internationale Vertretung, Organisationsentwicklung und Jugend

Der Begriff Daseinsvorsorge (DSV) umfasst all jene öffentlichen Dienstleistungen, die für unser tägliches Leben besonders wichtig sind und zur hohen Lebensqualität in Wien beitragen.

Einige Beispiele für Bereiche, die in die Daseinsvorsorge fallen, sind die Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, aber auch der öffentliche Personennahverkehr und die Energieversorgung. Ebenso können Park- und Grünanlagen, aber auch Sport- und Freizeitangebote hinzugezählt werden. Die Mitarbeiter*innen des Magistrats bzw. der Unternehmen und Betriebe der Stadt Wien bilden die Basis des reibungslosen, aber oftmals unbemerkten Gelingens.

Gefahr durch Privatisierung

Anfang der 1980er Jahre begann man anderenorts öffentliche Dienstleistungen für den Wettbewerb zu öffnen. Verfechter*innen dieses Ansatzes, dazu zählt auch die FPÖ, bringen vor allem die vermeintliche Behändigkeit und Monopolstellung in öffentlicher Hand befindlicher DSV als Argument für die Privatisierung. Diese bringe Effizienz. Dass dies zu kurz gedacht ist und katastrophale Auswirkungen haben kann, haben die Privatisierungen des öffentlichen Schienenverkehrs in Großbritannien oder die der Wasserversorgung Frankreichs gezeigt – auf Kosten der Bevölkerung. Als Folge war die Sicherheit der Versorgung nicht mehr lückenlos gewährleistet. Zudem kostete das Arbeitsplätze, nicht nur in Großbritannien und Frankreich: Laut Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung gingen in Deutschland durch Privatisierungen in der Daseinsvorsorge zwischen 1989 und 2007 rund 600.000 Arbeitsplätze verloren.

Wien als Vorbild

Mittlerweile wird durch Rekommunalisierungen vielerorts versucht, die alten Strukturen wieder zu beleben: Eine Studie des Transnational Institutes (TNI) belegt, dass zwischen 2000 und 2009 über 2.400 Städte weltweit private Dienstleistungen wieder in die öffentliche Hand zurückführten. In Europa allein waren es 900 Rekommunalisierungen in über 20 Ländern.

Wien funktioniert. Und zeigt vor, dass die Daseinsvorsorge auch weiterhin in öffentlicher Hand bleiben sollte. Denn nur so ist garantiert, dass das Hauptaugenmerk nicht auf möglichst hohen Profit ausgerichtet ist, sondern auf den Menschen. ○

michael.lewisch@wien.gv.at

Wien funktioniert ...



**rund 100.000
Personen**
arbeiten für die Stadt Wien



rund 60 %
davon sind Frauen



Die Wiener Verwaltung wird immer effizienter - auf 1 Bedienstete*ⁿ des Magistrats kommen:

61 Wiener*innen
Jahr 2024

43 Wiener*innen
Jahr 2000



2.845 km
Gesamtlänge der Straßen in Wien



792 Mio.
Fahrgäste der Wiener Linien 2023



983.000
Stammgäste



166,2 Mio.
Autobus



352,4 Mio.
U-Bahn



273,4 Mio.
Straßenbahn

Angst ist (k)ein guter Ratgeber

Jede familiäre Lebensform soll frei wählbar sein.



Astrid Schlesier
Klinische Psychologin der
MA 11, DA 106 – Jugend,
Bildung, Integration,
Stadtservice, Sport,
Kommunikation und
Frauenservice

Wir alle wissen, wie es ist, wenn der Puls in die Höhe schnell, die Handflächen feucht werden und sich ein flaues Gefühl im Magen ausbreitet. Ein Gefühl, das wohl viele Österreicher*innen in den letzten Wochen immer wieder befallen hat, vor allem beim Nachrichtenkonsum. Es kann einem auch fast nur schwummrig werden, wirft man einen Blick auf die aktuelle politische rot-weiß-rote Landschaft. Und nein, ich meine nicht die angenehme Aufregung wie beim Hochschaubahnfahren oder die Vorfreude auf ein schönes Ereignis.

Die Angst hat viele von uns mittlerweile fest im Griff, und das schon seit geraumer Zeit: Der weltweite Index zur menschlichen Entwicklung ist 2022 erstmals über zwei Jahre hinweg gesunken, doomscrolling – also die gesteigerte Beschäftigung mit negativen Nachrichten – ist längst keine vereinzelte Randerscheinung mehr, sondern gleicht bald einer alltäglichen Erfahrung beim Zeitungslesen.

Evolutionär darauf geprägt zu sein, Gefahren zu vermeiden, macht den modernen Menschen so anfällig für dieses intensive Gefühl, das in Form vieler körperlicher Empfindungen auf Kampf oder Flucht vorbereitet. Angst erweist uns damit

aber einen Bärendienst, denn je mehr sie steigt, umso schwerer fällt es uns, rational zu denken, komplexe Zusammenhänge zu verstehen und spätere Konsequenzen zu berücksichtigen. Ab einem gewissen Punkt schaltet sich dann auch der entwicklungsge-schichtlich älteste, basalste Teil des Gehirns

ein und übernimmt die Führung. Nun sind wir am empfänglichsten für einfache, schnelle Lösungen und suchen vor allem nach dem, was das Gefühl von innerer und äußerer Sicherheit wiederherstellt.

Dieses basale „Reptiliengehirn“ zu füttern mag nun manchem politischen Akteur sehr gelegen kommen und der weltweite Aufstieg rechter Parteien mit ihrem patriarchalen Frauenbild zeigt, wie erfolgreich diese Strategie ist. Die sogenannte Herdprämie ist dafür ein gutes Beispiel – länger beim Kind zuhause zu bleiben durch staatliche finanzielle Unterstützung klingt doch gut ... oder? Die langfristigen negativen Folgen, besonders für Frauen, sind auf den ersten Blick nicht gleich sichtbar: schlechtere spätere berufliche Wiedereinstiegschancen, verstärkte finanzielle Abhängigkeit vom Partner, eine noch höhere Gefahr von Altersarmut aufgrund fehlender Pensionseinzahlungsjahre.

Angst ist also kein guter Ratgeber, doch wie soll frau in diesen Zeiten globaler Unsicherheiten generell die Ruhe bewahren? Und hier kommt die gute Nachricht: Das ist gar nicht nötig. Genauso wie uns die Angst lähmen kann, genauso können wir die dadurch bereitgestellte Energie auch nutzen, um erst recht aktiv zu werden. Kehren wir also zum ursprünglichen Sinn der Angst zurück – erheben wir mit Blick auf die langfristigen Konsequenzen laut unsere Stimme für die Freiheit und die Sicherheit, jegliche familiäre Lebensform auch abseits eines traditionellen Rollenbilds wählen zu können. Und zwar, weil wir uns selbst dafür entscheiden. Kämpfen wir aus Angst vor der Zukunft erst recht um unsere bestehende Freiheit. ◦

teamwork@hgl.wien.gv.at



**Je größer die
Angst, umso
schwieriger ist es,
klar zu denken.**

In den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere seit 2019, hat die Stadt Wien als Dienstgeberin gemeinsam mit der yunion_ Die Daseinsgewerkschaft bewiesen, dass eine starke Sozialpartnerschaft direkten Nutzen für die Mitarbeiter*innen bringt. Einer der bedeutendsten Erfolge ist der Zuwachs bei Gehältern und Nebengebühren von insgesamt mehr als 33 Prozent in diesem Zeitraum.

Diese Erhöhungen wurden in intensiven Verhandlungen erzielt und stellen sicher, dass die Bediensteten auch in Zeiten wirtschaftlicher Herausforderungen gerecht entlohnt werden.

Der Mindest- bzw. Maximalwert der Gehaltsabschlüsse (für niedrigere Gehälter) in den Jahren 2023 und 2024 ergibt sich aus dem Verhandlungsergebnis. Vorausschauend wurde bereits für 2026 ein Gehaltsabschluss – nämlich die durchschnittliche Inflationsrate von Oktober 2024 bis September 2025 plus 0,3 Prozent – ausverhandelt.

Die Zahlen in der Grafik verdeutlichen, dass auch die politischen Verantwortlichen der Stadt die Bedürfnisse der Bediensteten ernst nehmen.

Erfolgsgeschichte Gehaltsentwicklung

Der langfristige Vergleich zeigt eindrucksvoll, wie sich das Einkommen der Bediensteten in den letzten 50 Jahren entwickelt hat. Ein Beispielgehalt von 1975 hat sich bis 2025 um das 6,25-fache erhöht. Dies belegt, dass die kontinuierlichen Verhandlungen und Verbesserungen durch die yunion nachhaltigen Einfluss auf die finanzielle Stabilität der Mitarbeiter*innen hatten.

Neben fairen Gehaltssteigerungen bietet die Stadt Wien als Dienstgeberin eine der sichersten Arbeitsumgebungen in Österreich. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit sind ein stabiler Arbeitsplatz und eine verlässliche Dienstgeberin mit Handschlagqualität von unschätzbarem Wert.

Gemeinsam stark: Dienstgeberin und Gewerkschaft

Nicht nur die Gehaltssteigerungen für Mitarbeiter*innen der Stadt Wien belegen die gute sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit.

Die Partnerschaft mit der Gewerkschaft sorgt dafür, dass nicht nur faire Löhne, sondern auch soziale Absicherung, Arbeitszeitregelungen und Fortbildungsmöglichkeiten stetig verbessert werden.

Wahlrecht stärkt Sicherheit

Die Erfolge der vergangenen Jahre sind das Ergebnis starker Verhandlungen und einer gut organisierten Interessenvertretung. Damit dieser Weg weitergegangen werden kann, ist es entscheidend, dass die derzeitige Sozialpartnerschaft fortgesetzt werden kann.

Daher der Aufruf an alle Mitarbeiter*innen: Nutzt euer Wahlrecht und motiviert eure Kolleg*innen, Freund*innen und Familienmitglieder, am 27. April zur Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl zu gehen. Nur mit einer starken Stimme kann auch in Zukunft sichergestellt werden, dass faire Gehaltsverhandlungen und Arbeitsplatzsicherheit oberste Priorität bleiben. ◦

nikolaus.borbely@wien.gv.at
kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at



Nikolaus Borbely
Leitender Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung

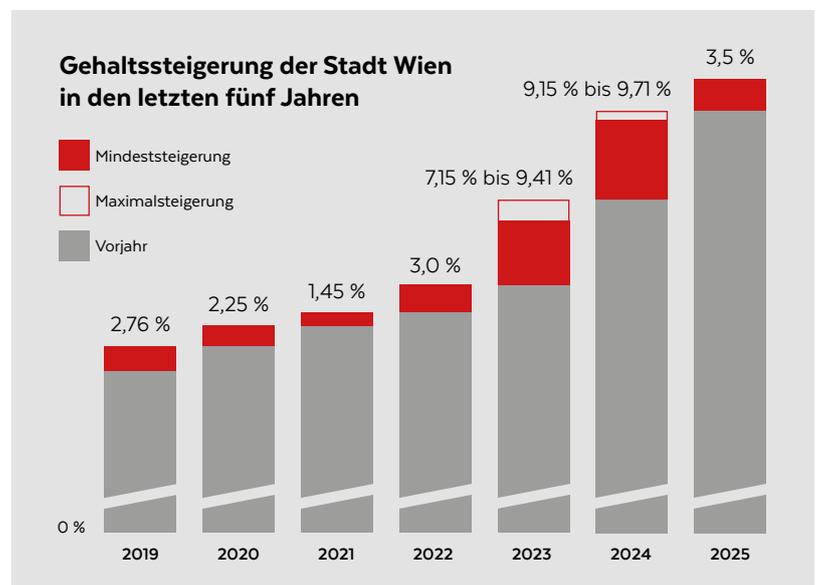


Kurt Mrzena-Merdinger
Vorsitzender-
Stellvertreter

STATISTISCHES AUF EINEN BLICK:

Hier ein Überblick über die Gehaltsentwicklung in **Zehn-Jahres-Schritten**, ausgehend von einem CIII/3-Dienstposten (entspricht der Modellstelle VA_SBA 1/3, Gehaltsstufe O1, W1/4 *):

Jahr	Gehalt	Erhöhung bis 2025
1975	€ 414,02	6,25-fach
1985	€ 788,36	3,28-fach
1995	€ 1.129,85	2,29-fach
2005	€ 1.417,54	1,82-fach
2015	€ 1.822,45	1,42-fach
2025	€ 2.590,30	* € 2.542,92





Auf gutem Weg zur Klimaneutralität

Das Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein, ist ambitioniert – Wiens Maßnahmen sind es aber auch. Die Zahlen belegen, dass die Stadt auf einem guten Weg ist.



Andreas Januskovecz
Bereichsleiter für
Klimaangelegenheiten

Vor fünf Jahren legte die Stadtregierung das Ziel der Klimaneutralität und Klimaresilienz bis 2040 fest. Der Wiener Klimafahrplan gibt den Rahmen für die Lösungen vor, mit denen die Stadt dieses Ziel erreichen kann.

„Zur Reduktion der Treibhausgase müssen alle an einem Strang ziehen. Die Magistratsabteilungen kooperieren in vielen Vorhaben. So konnten bereits eine Menge wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt werden“, erklärt Andreas Januskovecz,



der Bereichsleiter für Klimaangelegenheiten. Die Bereichsleitung entwickelt ressortübergreifend Instrumente und Prozesse, um die Klimaziele der Stadt Wien gemeinsam zu erreichen.

Das soeben veröffentlichte Umsetzungsmonitoring 2024/25 zeigt, dass Wien gut im Fahrplan liegt und in vielen Bereichen erfolgreiche Maßnahmen umgesetzt wurden: zum Beispiel Projekte zur Verkehrsberuhigung, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und E-Mobilitätsangebote, Förderprogramme für thermische Sanierungen und Heizungstausch und die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Wien auf Bio-Landwirtschaft. Durch die Wiener Sonnenstrom-Offensive konnte seit Ende 2021 die gesamte in Wien installierte Photovoltaikleistung verfünffacht werden. Auch die Energie- und Trinkwasserversorgung, das Kanalnetz und die digitale Netzinfrastruktur werden klimaresilient weiterentwickelt.

Minus zwölf Prozent

Dass Wien ambitionierte Maßnahmen setzt, wirkt sich positiv auf die Treibhausgasbilanz aus. Die Treibhausgasemissionen der Stadt sanken 2023 gegenüber dem Vorjahr um fast zwölf Prozent. Das zeigen die Daten der Nahzeitprognose „Nowcast“ des Umweltbundesamts. Die Reduktion war fast doppelt so hoch wie im österreichischen Durchschnitt.

Mit dem Klimagesetz möchte Wien als erstes österreichisches Bundesland einen rechtlich verbindlichen Rahmen für Klimaziele schaffen. Es schreibt zum Beispiel Klimachecks für Gesetze und für Bauvorhaben der Stadt ab einem gewissen Schwellenwert vor.

Doch nicht nur mit einem Gesetz, sondern auch durch Bildung bringt die Bundeshauptstadt den Klimaschutz weiter. 2024 wurde der Klima-Campus geschaffen. Die Online-Plattform informiert über Veranstaltungen, Führungen, Ausflugsziele und Lernmaterialien zur Klima- und Umweltbildung in Wien. o

post@klima2040.wien.gv.at

WEITERE INFORMATIONEN:

Wien macht gutes Klima
www.wien.gv.at/klima

Wiener Klimafahrplan
www.wien.gv.at/spezial/klimafahrplan/

Wiener Klima-Campus
www.wien.gv.at/umwelt/klima-campus



Rechtsparteien attackieren Arbeitnehmer*innenrechte durch Deregulierung, Niedriglöhne und schwache Kollektivverträge. Das Ziel: Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Auf europäischer Ebene mag die Rechte in verschiedene Fraktionen gespalten sein, doch ideologisch zieht sie an einem Strang. Der gemeinsame Nenner: ein erbitterter Kampf gegen Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte. Ein Blick ins Manifest der Fraktion Patrioten für Europa, der auch die FPÖ angehört, zeigt: Arbeitnehmer*innen-Interessen spielen keine Rolle. Stattdessen wird ein Kampf gegen den angeblichen „europäischen Superstaat“ oder eine „grüne Klimadiktatur“ propagiert – gepaart mit nostalgischen Verweisen auf das „griechisch-römische Erbe“.

Die nationale Souveränität wird als heiliges Gut beschworen, während gleichzeitig der Einfluss russischer Desinformationskampagnen sowie von US-Milliardären stillschweigend akzeptiert wird. Die Schwächung der Europäischen Union – ein erklärtes Ziel der Rechtsextremen – trifft am Ende nicht die Eliten, sondern die Beschäftigten in jedem einzelnen Mitgliedsstaat. Kein Zufall, sind die Vertreter*innen der Rechten ja selbst Teil der Eliten.

Starke Stimmen – für Konzerne

Im Europaparlament zeigt sich die wahre Politik der FPÖ und ihrer rechtspopulistischen Verbündeten. Konsequenter blockieren sie jede Initiative, die Arbeitnehmer*innen stärken soll.

- Mindestlöhne in der EU? Abgelehnt.
- Lohntransparenz zur Bekämpfung von Lohnungleichheit? Dagegen.
- Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege? Kein Interesse.
- Mindeststeuer für Konzerne? Verhindert.

Stattdessen unterstützen sie eine radikale Deregulierung des Arbeitsmarkts. Niedriglöhne und schwache Arbeitnehmer*innenrechte sollen zum Standard werden. Gewerkschaften und kollektive Interessenvertretungen stehen unter

Europas Rechte: Kampf gegen Beschäftigte

Wie rechte Parteien auf der europäischen Ebene gemeinsame Sache machen – gegen die Interessen von Arbeitnehmer*innen.

Dauerbeschuss, Kollektivverträge werden ausgehöhlt. Das Ziel ist klar: Arbeitsbedingungen verschlechtern, Löhne drücken und den Sozialstaat systematisch abbauen.

Für ein solidarisches Europa

Während die Rechte auf Spaltung und Deregulierung setzt, kämpfen Gewerkschaften und progressive Kräfte für ein soziales und gerechtes Europa. Ein Europa, das faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und starke Arbeitnehmer*innenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Die Politik der Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen führt in die entgegengesetzte Richtung. Es liegt an uns allen, geschlossen für ein solidarisches Europa einzutreten – in Betrieben, in Gewerkschaften und an der Wahlurne. Denn nur durch Zusammenhalt und Solidarität lassen sich die Rechte schützen, die über Jahrzehnte erkämpft wurden. ◦

thomas.kattnig@younion.at



Thomas Kattnig
Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Bereichsleiter EU und Internationales der younion, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Exzellente Versorgung

Von der Augenheilkunde bis zur Zahnheilkunde – das Sanatorium HERA bietet allen Mitarbeiter*innen der Stadt Wien sowie deren Angehörigen umfassende medizinische Versorgung und individuelle Betreuung auf Privatklinikniveau.



Seit über 100 Jahren trägt die HERA zur ambulanten und stationären Krankenversorgung in Wien bei und ist heute aus der Spitalslandschaft der Stadt nicht mehr wegzudenken.

In den 15 Fachbereichen erwartet Patient*innen moderne hochspezialisierte Diagnostik, verbunden mit innovativen Therapien. Die Fachärzt*innen, geführt von anerkannten Expert*innen, sowie ein kompetentes Therapeut*innen- und Pflege-Team garantieren bestmögliche Behandlung – um gesund zu werden und gesund zu bleiben.

Vorsorge im Fokus

Neben den Ambulanzen stehen mit dem Gesundheits- und Vorsorgezentrum sowie dem Brustgesundheitszentrum in der HERA auch zwei fächerübergreifende Angebote mit fundierten Präventionsprogrammen nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Verfügung. Ziel ist es, Krankheiten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Das zertifizierte Brustgesundheitszentrum bietet unter einem Dach Vorsorge, Früherkennung, Therapie und Nachsorge. Ein interdisziplinäres Team setzt dabei auf die modernsten Behandlungsmethoden und gewährleistet eine ganzheitliche Betreuung seiner Patientinnen.

Die besondere Atmosphäre der HERA entsteht nicht nur durch die exzellente medizinische Betreuung, sondern auch durch die individuelle und persönliche Ansprache, die durch die überschaubare Größe des Hauses ermöglicht wird. Fachärzt*innen und Pflegepersonal können so auf die speziellen Bedürfnisse der Patient*innen eingehen.

Ambulanz offen für alle

Darüber hinaus sind die ambulanten Leistungen des Sanatorium HERA für alle Versicherten zugänglich, was eine breite Möglichkeit zur Inanspruchnahme der medizinischen Angebote schafft. Der stationäre Aufenthalt ist zwar KFA-Versicherten vorbehalten, kann aber auch von anderen Versicherten in Anspruch genommen werden, wenn sie über eine private Zusatzversicherung verfügen oder die Kosten privat tragen.

Insgesamt zeigt sich, dass das Sanatorium HERA nicht nur durch hervorragende medizinische Versorgung punktet, sondern auch durch die Flexibilität und das offene Angebot für unterschiedliche Versicherungsstatus – stets mit dem Ziel, den Patient*innen die bestmögliche Betreuung zukommen zu lassen. ◦



Sanatorium HERA

Löblichgasse 14, 1090 Wien

Telefonische Anmeldung unter:
01/31 350 454 44

www.sanatoriumhera.at



Eine gute Mundhygiene ist die beste Vorsorge gegen teure und schmerzhaftes Zahnbehandlungen.

Neue Standards für Zahngesundheit

Die Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) setzt mit zwei bedeutenden Neuerungen im Bereich der Zahngesundheit ein starkes Zeichen.

Die KFA Wien startet ein innovatives Pilotprojekt: Erstmals wird Mundhygiene als Kassenleistung eingeführt, zudem wird die Versorgung mit amalgamfreien Füllungen erweitert. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Zahngesundheit der Versicherten verbessern, sondern auch langfristig Kosten für aufwendigere Zahnbehandlungen reduzieren.

Gesunde Zähne durch regelmäßige Mundhygiene – das ist seit dem 1. April 2025 für KFA-Versicherte deutlich einfacher. In einem zweijährigen Pilotprojekt, das bis zum 31. März 2027 läuft, können Erwachsene ab 18 Jahren einmal pro Kalenderjahr eine professionelle Mundhygiene in Anspruch nehmen. Diese wird direkt über Vertragszahnärzt*innen mit der KFA abgerechnet. Die KFA übernimmt 80 Prozent der Kosten (92 Euro), der Eigenanteil für Patient*innen beträgt 23 Euro. Ab Herbst 2026 wird das Pilotprojekt evaluiert – eine Verlängerung oder Integration in den Regelbetrieb ist möglich.

Norbert Pelzer, Generaldirektor der KFA Wien, betont: „Eine gute Mundhygiene ist die beste Vorsorge gegen teure und schmerzhaftes



Norbert Pelzer,
Generaldirektor der KFA Wien

Zahnbehandlungen. Mit diesem Pilotprojekt ermöglichen wir unseren Versicherten einen leichteren Zugang zur professionellen Zahnreinigung und investieren langfristig in die Zahngesundheit.“

Angebot erweitert

Mit der neuen EU-Verordnung müssen Zahnfüllungen seit 1. Jänner 2025 grundsätzlich amalgamfrei sein. Während diese Regelung bislang nur für Schwangere und Kinder unter 15 Jahren galt, erweitert die KFA Wien nun als zweiter Träger in Österreich das Angebot: Mit 1. April 2025 werden auch im Seitenzahnbereich für alle Anspruchsberechtigten die Kosten für amalgamfreie Füllungen übernommen. Zum Einsatz kommen bewährte, praxisübliche plastische Füllstoffe wie Glasionomere oder Alkasit. Die Entscheidung über das geeignete Material trifft die behandelnde Vertragszahnärzt*in.

Mit diesen Initiativen setzt die KFA Wien neue Maßstäbe für eine moderne, präventive und nachhaltige Zahngesundheit. Versicherte profitieren von besseren Leistungen, während gleichzeitig die Notwendigkeit kostenintensiver Behandlungen reduziert wird. ○



Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien
kundendienst@kfawien.at
Tel.: +43(1)40436-0



DEINE MEINUNG IST UNS WICHTIG!

Leser*innen-Feedback

Wie gefällt dir das neue Layout? Was würdest du gerne anders sehen? Welche Themen vermisst du und was gefällt dir besonders gut?

Schicke uns bitte bis zum **30. April 2025** dein Feedback an die E-Mail-Adresse teamwork@hg1.wien.gv.at.

Wir verlosen unter den Einsendungen drei **SPAR-Gutscheine** der Höhe von je **50 Euro**. Die Benachrichtigung der Gewinner*innen erfolgt auf dem Postweg.



YOUNION KINDERAKTION

Ermäßigter Urlaub 2025

Die **Urlaubszeit** naht und die Frage, wo man in diesen Zeiten gesichert hinfährt, stellt sich derzeit fast jedes younion-Mitglied. Wie wäre es mit einem unserer beiden Hotels in der schönen Steiermark? Dabei kann auch noch doppelt gespart werden. Die younion Kinderaktion gilt für das **Hotel Grimmingblick** und das **Vital-Hotel-Styria** für den Zeitraum von 1. Jänner 2025 bis 31. Dezember 2025.

Für Kinder bis 14,99 Jahre erhalten Sie **100 %** und für Kinder bis 18,99 Jahre erhalten Sie **50 % Ermäßigung**. Voraussetzung ist eine aufrechte Mitgliedschaft bei der younion-Landesgruppe Wien mit Sozialwerksbeitrag mindestens eines Eltern- bzw. Großelternanteils, der selbst den Urlaub antritt.



BUCH-TIPP:

KI verstehen und gestalten

Künstliche Intelligenz macht unsere Arbeit leichter und schwerer, frei und flexibel und zunehmend überwacht, schnell erledigt und verdichtet und stressig. Künstliche Intelligenz reduziert Arbeitsplätze und schafft neue. Arbeitsmittel sind jederzeit griffbereit in der Cloud und damit fest in den Händen der Tech-Giganten außerhalb unserer Kontrolle. Möglichkeiten der Mitbestimmung schwinden, viele Menschen fühlen sich vom technologischen Fortschritt ohnehin bereits überrollt. Maßnahmen zur KI-Regulierung sind von der EU- bis zur Betriebsebene heiß umkämpft. Dieser Sammelband beleuchtet einige Aspekte, wie beispielsweise KI-Regulierung durch die EU (AI Act), KI in der Pflege bzw. im Gesundheitssystem, Diskriminierung von und durch KI sowie vieles mehr.

Sebastian Klocker, Adele Siegl
ÖGB-Verlag, ca. 200 Seiten, 24,90 EUR
ISBN: 978-3-99046-714-5



Frühlingsputz für KSV-Platz im Wiener Prater

Mitten in der Stadt und dennoch im Grünen – das ist die Devise des KSV-Platzes im Grünen Prater unweit der Hauptallee.

Über viele Jahre schon ist die Anlage der Kultur- und Sportvereinigung der Wiener Gemeindebediensteten Treffpunkt für Sportbegeisterte oder Wienbesucher*innen, die zentral und dennoch in ruhiger Umgebung ihren Aufenthalt genießen möchten.

Doch auch eine Institution wie diese ist stetigem Wandel unterworfen; sei es, dass manche Angebote an Attraktivität verloren haben oder die Infrastruktur heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt oder aber technische Neuerungen im Sinne des Klimaschutzes und der Energieeffizienz nötig sind.

Bereits im vergangenen Jahr wurde der Wintergarten beim Seminarraum 1 errichtet, der bei Veranstaltungen und Feiern eine wesentliche Bereicherung verspricht, wie auch der zusätzlich installierte WC-Container beim Veranstaltungszelt.

Auch für 2025 sind etliche KSV-Investitionen in Planung oder befinden sich bereits in Umsetzung: Zwei Padel-Court-Plätze werden zukünftig den in die Jahre gekommenen Basketballplatz ersetzen und damit dem ohnehin schon umfangreichen Angebot eine neue Sportart hinzufügen. Die voraussichtlich im Mai installierte große Photovoltaikanlage auf der Tennishalle liefert zu Spitzenzeiten bis zu 150 kWp (Kilowatt-Peak). Und mit der neuen Flutlichtanlage sowohl auf vier

Tennisplätzen als auch dem Beachvolleyballplatz ist die Nutzung bis zehn Uhr abends möglich.

Des Weiteren stehen die Stromtankstellen von Wien Energie für zeitgleich drei Fahrzeuge zur Verfügung. Ebenso ist eine das gesamte Grundstück überrückende Videoanlage im Interesse der Sicherheit der Nutzer*innen geplant. ◦

TERMINVORSCHAU
Sommer(schluss)fest
 Samstag, 13. September unter dem
 Motto „bring your family“
 musikalische Unterhaltung |
 Riesendart, Hüpfburgen und
 Kinderschminken | vielfältige
 Kulinarik | Gewinnspiel |
 und einiges mehr

DER KSV GEHÖRT UNS ALLEN - NUTZEN SIE IHN AUCH!

Eine Mitgliedschaft beim KSV zahlt sich aus. Für **30.- Euro/Jahr** als younion-Mitglied haben Sie folgende Vorteile:

- Seit 2025: Mitgliedskarte, die auch während der Sportausübung zum Parken am KSV-Platz berechtigt.
- Viele Sportangebote – Fußball, Tennis, Padel Court, Beachvolleyball, Minigolf oder einfach in den Sportgarderoben in die Laufkleidung schlüpfen oder auch mit den Nordic-Walking-Stöcken in die Prater-Hauptallee starten.
- Seit 2024 gibt es auch wieder eine Kleinfeldfußballmeisterschaft (mit je sieben Spieler*innen). 2024 haben zwölf Abteilungen bzw. Mannschaften teilgenommen

Onlinebuchung über die Homepage www.ksv-wien.at möglich.
 Für **younion-Mitglieder** ist die Übernachtung in unserem Hotel pro Person und Nacht um **18.- Euro** günstiger!

Personelles



Dipl.-Ing. Dieter Werner, MSc

Neuer Leiter für die Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstelle der Stadt Wien (MA 39)

Dieter Werner folgte im Jänner 2025 dem langjährigen Abteilungsleiter Georg Pommer nach. Der 1972 in Wien geborene Werner absolvierte das Studium Technische Chemie an der TU Wien. Nach anschließender Forschungs- und Tutorentätigkeit an der Universität Wien trat er im Jahr 1999 in den Dienst der Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstelle der Stadt Wien. 2018 übernahm Werner, der an der Universität für Weiterbildung Krems zudem das Masterstudium Fire Safety Management abgeschlossen hat, die Leitung des Bauphysiklabors der MA 39. ◦



Dipl.-Ing. Wolfgang Strenn

Führt zukünftig die Abteilung für Brückenbau und Grundbau (MA 29)

Ende Februar 2025 übernahm Wolfgang Strenn die Leitung der MA 29 – Brückenbau und Grundbau. Der studierte Kulturtechniker fing nach seinem Studium an der Universität für Bodenkultur in Wien in Jobrotations bei diversen Abteilungen der Stadt Wien an. 2001 kam er als Bauinspezient in die MA 29. 2010 erfolgte der Wechsel zum KAV (nunmehr WIGEV), wo er eine leitende Tätigkeit beim Projekt „Klinik Floridsdorf“ übernahm. Ab Oktober 2021 betreute Strenn in der Magistratsdirektion – Baudirektion Programme wie Seestadt Aspern und den Nordwestbahnhof. Im Februar 2024 wurde ihm dann die Projektleitung für „Neuorganisation der MA 29“ übertragen. ◦



Patricio Canete-Schreger

Neuer Leiter der Kulturabteilung (MA 7)

Patricio Canete-Schreger hat nun die Leitung der MA 7 – Kultur inne. Er folgt Anita Zemlyak nach, die nach mehr als acht Jahren als Leiterin der MA 7 in den Ruhestand gegangen ist.

„Patricio Canete-Schreger ist fest in der Kunstszene unserer Stadt verankert“, betont Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler.

Canete-Schreger studierte Rechtswissenschaften mit Schwerpunkt Kulturrecht an der Universität Wien. Canete-Schreger arbeitete in der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft und anschließend im Europabüro des Stadtschulrats. 2018 folgte der Einstieg in die MA 7, wo er bis zum Abteilungsleiterin-Stellvertreter aufstieg. ◦

ECHT GUT!



ECHT BÖSE!

„Das Aus der Regierungsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP lässt aufatmen. Österreich hat somit die Chance, jener international angesehenen Partner zu bleiben, den es in der gegenwärtig angespannten internationalen Lage dringend braucht.“

Lukas Wank, AG Globale Verantwortung, 12.2.25



„Diese menschenverachtende Rhetorik und Angriffe auf die Menschenrechte dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben.“

Shoura Zehetner-Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich zu den FPÖ-Stammtischaufnahmen in Simmering, 15.1.25



„Nichts auf dieser Welt ist gefährlicher als aufrichtige Ignoranz und gewissenhafte Dummheit.“

Martin Luther King



„In diesem Sinne müssen wir gerade in diesen schwierigen Zeiten als demokratische Kraft der Republik zusammenhalten [...] Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Verantwortung jedenfalls bewusst – die Volkspartei hoffentlich auch!“

Michael Ludwig, Tageszeitung heute 3.1.25.



„Diese oder eine ähnliche Ressortaufteilung wird die ÖVP in Zukunft nicht mehr so rasch haben. Der Volkspartei droht bei der nächsten Wahl Platz drei.“

Georg Knill, Industriellenvereinigung, Tageszeitung Kurier 14.2.25, zu den gescheiterten FPÖ-ÖVP-Verhandlungen.



„Ich bin für E-Autos. Das muss ich sein, denn Elon unterstützt mich sehr stark. Also habe ich keine Wahl.“

Donald Trump, August 2024



Barbara Blaha MEIN STANDPUNKT

Sozialen Wohnbau braucht das Land

Die Mieten sind zuletzt explosionsartig gestiegen. Das betrifft Wien besonders. Es ist das einzige Bundesland, in dem es mehr Mieter*innen als Eigenheimbesitzer*innen gibt. Acht von zehn Wiener*innen wohnen zur Miete. Nun aber handelt die Bundesregierung endlich. Doch die Vorschläge gehen nicht weit genug.

Die Regierung plant eine Begrenzung der Mietanpassungen. Für heuer wird die Indexierung ausgesetzt, danach begrenzt und schließlich 2028 durch einen neuen Wohnraum-Index ersetzt. Dieser Schritt nimmt die härtesten Spitzen aus den Mieterhöhungen heraus und sorgt dafür, dass sich Mieten nicht mehr völlig unkontrolliert verteuern. Wer allerdings in einem Neubau mit freiem Mietvertrag wohnt – jeder vierte Mietvertrag fällt darunter –, der geht leer aus. Gerade jene, die die höchsten Mieten zahlen, erhalten gar keinen Schutz. Besonders in Neubauwohnungen, bei denen Mietverträge oft befristet sind und immer wieder neu abgeschlossen werden müssen, kann das zu massiven Mehrkosten führen. Die Regierung bremst nur die geregelten Mieten, deckelt bei den vergleichsweise erschwinglichen Wohnungen, während die Mieten im unregulierten Neubau ungebremst steigen können.

Außerdem ist ein rascher Ausbau des sozialen Wohnbaus dringend notwendig. Jede zusätzlich errichtete Gemeindebauwohnung hat einen dämpfenden Effekt auf die Mieten – auch im privaten Sektor. Öffentliche Investitionen in sozialen Wohnbau entlasten nicht nur den Wohnungsmarkt, sondern sorgen insgesamt für stabile und leistbare Mietpreise.

Eine echte Mietpreisbremse, die für sämtliche Mietsegmente gilt, in Kombination mit einem massiven Ausbau des sozialen Wohnbaus, wäre also nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. **o**



Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.



BERUFSRETTUNG

Hilfe in zehn Minuten

Es gibt Einrichtungen in Wien, die wir im Alltag nur fallweise bemerken. Doch wenn wir sie dann doch einmal benötigen, schätzen wir uns glücklich, dass sie in unserer Stadt immer für uns da sind. Die Berufsrettung Wien (MA 70) gehört zu diesen Einrichtungen. Als Teil der Daseinsvorsorge sind ihre Mitarbeiter*innen Tag und Nacht im Einsatz für das Wohlergehen und die Gesundheit der Wiener*innen.

Die Berufsrettung Wien ist die medizinische Notfallorganisation der Stadt Wien. Als Notfallorganisation mit rund 700 hauptberuflichen Sanitäter*innen, Mitarbeiter*innen in den Bereichen Technik und Verwaltung sowie einem Pool aus Notärzt*innen aus den Kliniken des Wiener Gesundheitsverbunds ist sie an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr auf Abruf bereit.

Die Berufsrettung verfügt über insgesamt zwölf Rettungsstationen sowie sieben weitere Stützpunkte für Notarzteinsatzfahrzeuge. So kann ein Rettungsmittel in rund acht bis zwölf Minuten an jedem Notfallort in der Stadt eintreffen. Pro Tag werden in der Rettungsleitstelle rund 1.100 Notrufe abgewickelt, die in rund 200.000 Ausfahrten jährlich münden. ◦

teamwork@fsg-hg1.at



© Fotos: MA 70

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

teamwork

youunion - HG 1
 Modecenterstraße 14
 Block C, 5. Stock
 1030 Wien

Österreichische Post AG
 SM 02Z030516 S